Hallische Nachrichten

General-Anzeiger für Halle und die Provinz Sachsen

Verlagsgebäude: Häuserblock Gr. Ulrichstr. 16, Ecke Dachritzstr. 12 bis 14 und Bölbergasse 1. Verlag, Redaktion und Hauptgeschäftsstelle: Gr. Ulrichstr. 16. Fernsprechanschluß: Nr. 7981
Bei Anruf der Fernsprechnummer 7981 verbindet die eigene Zentrale mit allen Abteilungen des Hauses. — Geschäftsstellen: Leipzigerstr. 34 (Fernsprecher 7981) und Brunnenstr. 49 (Fernsprecher 1403)

Die Hallischen Nachrichten erscheinen täglich nachmittags (mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage) und kosten bei freier Zustellung in Halle und in den Orten mit eigenen Betriebsstellen sowie bei Postbezug (ohne Zustellungsgebühr) monatlich Mk. 1.80, mit der Wochenbeilage „Die Welt im Bild" Mk. 2.00. — Anzeigenpreis: die einspaltige Nonpareillezeile 50 Pfg., Lokalanzeigen Mk. 1.00, die 75 mm breite Reklamezeile Mk. 1.20. Bei Wiederholungen Rabatt mit festen Bedingungen. — Erfüllungsort: Halle an der Saale. Postscheckkonto: Leipzig 13545

Nummer 150 **Halle, Sonnabend den 5. Juli 1919** **31. Jahrgang**

Das Gerichtsverfahren gegen den Kaiser.

In England kennt man heute nur noch ein Thema: das Verfahren gegen den Kaiser. Richtiger: die Rache an dem, den die besonders zugestutzte französisch-englische Legende der Hauptschuld am Kriege zeiht und dessen Verurteilung durch ein internationales, d. h. nur aus Vertretern der feindlichen Länder gebildetes Gericht mit Sicherheit erwartet wird. Man schwelgt jenseits des Kanals in Gedanken an das Schicksal Napoleons I., und es ist bezeichnend genug, daß als Aufenthaltsort des Kaisers während der Gerichtsverhandlung in London der Tower ausersehen ist, die mittelalterliche Zwingburg der englischen Könige, mit der so viele blutige Erinnerungen an die britische Geschichte verknüpft sind. Bis 1820 diente der Tower als Gefängnis, hauptsächlich für Staatsverbrecher, seitdem wird die ausgedehnte Anlage als Zeughaus benutzt. Es mag manchem Briten ein angenehmes Gruseln verursachen, sich den Kaiser als Insassen des düsteren Gebäudes vorzustellen, das der Träger manches berühmten Namens nur verlassen hat, um seinen letzten Gang anzutreten. Vorläufig indessen besteht wohl wenig Aussicht, daß die Rachegöttin das sorglich vorbereitete Gericht auch wirklich zu genießen bekommen. Holland scheint ja nicht ohne weiteres zur Auslieferung bereit, sondern wird das Verlangen danach mit allen Rechtsgründen prüfen; aber auch wenn das Begehren wirklich erfüllt werden sollte, steht es doch beim Kaiser, ob er sich seinen Gegnern stellen wird. Es liegt eine Aeußerung des vormaligen Kronprinzen vor, wonach sein Vater sich der angesonnenen Demütigung niemals fügen würde.

Wie weit die englischen Vorbereitungen für das erwartete große Schauspiel schon gediehen sind, erfährt man aus einem Artikel der „Times", in dem es heißt:

Es bestehe für das Gerichtsverfahren gegen den vormaligen deutschen Kaiser kein Präzedenzfall. Der einzige ähnliche Fall, daß ein fremder Herrscher auf englischem Boden abgeurteilt wurde, sei das Verfahren gegen Königin Marie von Schottland gewesen. In Bälde werde ein internationales Komitee ernannt werden, das die Aufgabe habe, dafür zu sorgen, daß Deutschland die Vertragsbestimmungen ausführt, und dieses Komitee werde eine Anzahl von Kommissionen ernennen, die sich mit dem verschiedenen Sonderteilen des Vertrages befassen werden. Eine dieser Kommissionen werde den Auftrag erhalten, für die Durchführung der Strafbestimmungen zu sorgen. Sie werde alle notwendigen Schritte tun, um sich zu versichern, daß der Gerichtshof ordentlich zusammengesetzt und in die Lage gesetzt werde, sein hohes Amt auszuüben. Dieser Gerichtshof werde die Aufgabe haben, die Strafe zu bestimmen, die er für richtig finde. Die vorherrschende Ansicht gehe dahin, daß die Strafe der Tod oder lebenslängliche Verbannung sein müßte. Es sei fraglich, ob die Alliierten in der heutigen Zeit der Flugzeuge und Unterseeboote es für wünschenswert hielten, den Kaiser nach einem abgelegenen Platze wie St. Helena zu senden. Mehr als 20 alliierte und assoziierte Regierungen würden das Ersuchen um Auslieferung des Kaisers an die Niederlande richten. Das Ersuchen werde jedoch keinesfalls ein Ultimatum bedeuten. In der Note an die Niederlande würden die Alliierten die souveränen Rechte der Niederlande voll anerkennen und um die Auslieferung vom Standpunkte der Befreier der kleinen Staaten ersuchen. Für die Verhandlung gegen den vormaligen Kaiser sei noch kein Zeitpunkt festgesetzt und noch kein Platz angewiesen. Die Alliierten wollten jedoch jede Verzögerung vermeiden. Eine endgültige Entscheidung könne nicht getroffen werden, bevor der Vertrag ratifiziert sei. Der hauptsächlichste Beschluß, nämlich daß London der Ort der Untersuchung und der Tower der Aufenthaltsort des Kaisers sein werde, sei jedoch schon gefaßt.

Wie „Daily News" meldet, hoffe man, trotzdem noch der eine der Richter aus Japan kommen müsse, daß es möglich sein werde, das Untersuchungsverfahren im August zu eröffnen.

b. Haag, 5. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Die „Evening News" melden, daß Lord Summer, eine große juristische Autorität, den fünf Richtern präsidieren soll, welche Großbritannien, Amerika, Frankreich, Italien und Japan vertreten werden und vor denen der Kaiser in London erscheinen soll. Sir Gordon Howard, der Generalstaatsanwalt, soll die öffentliche Anklage führen. Der Kaiser wird durch einen deutschen und einen britischen Anwalt verteidigt werden. Die Verhandlungen sollen öffentlich sein. Alle Vorsichtsmaßnahmen werden getroffen.

Hindenburg stellt sich vor den Kaiser.

(W. T. B.) Berlin, 4. Juli. Generalfeldmarschall v. Hindenburg richtete anläßlich seines Rücktritts an den Reichspräsidenten folgende Drahtung:

„Herr Reichspräsident!

Die Unterzeichnung des Friedensvertrags gibt mir zu folgender Erklärung Veranlassung: Für alle Anordnungen und Handlungen der Obersten Heeresleitung seit dem 29. August 1916 trage ich die alleinige Verantwortung. Auch sind alle mit der Kriegführung zusammenhängenden Entschlüsse und Befehle Seiner Majestät des Kaisers und Königs seit diesem Tage auf meinen ausdrücklichen Rat und unter meiner vollen Verantwortung gefaßt und erlassen worden. Ich bitte, diese Erklärung zur Kenntnis des deutschen Volkes und der alliierten Regierungen zu bringen.

gez. v. Hindenburg, Generalfeldmarschall.

Frankreichs Garantievertrag mit England und Amerika.

Der schon erwähnte Vertrag bestimmt in Artikel 1:

In der Erwägung, daß die Regierungen der Vereinigten Staaten und Frankreichs in gleicher Weise von dem Wunsch beseelt sind, den Weltfrieden zu sichern, befürchten die Regierungen der Vereinigten Staaten und der französischen Republik, daß die Bestimmungen über das linke Rheinufer, die im Vertrag von Versailles niedergelegt sind, nicht ausreichen, um Frankreich einerseits, den Signatarmächten des Vertrages andererseits Sicherung und Schutz zu geben. In Anbetracht dessen sind die Regierungen der Vereinigten Staaten und der französischen Republik gewillt, einen Vertrag einzugehen, dessen Bestimmungen restlos erfüllt werden müssen.

Weiter heißt es, daß England und Amerika ihrem Verbündeten bei jedem nicht provozierten Angriff seitens Deutschlands zu Hilfe kommen müssen. Als „feindlicher Akt" soll es schon gelten, wenn Deutschland, immer nach Ansicht der Alliierten, die auf die Rheinlande sich beziehenden Friedensbestimmungen verletzt. Man sieht daraus, welche Fußangeln der Friedensvertrag enthält, erkennt aber auch die große Furcht Frankreichs vor dem heute doch so geschwächten Deutschland.

Die Ratifizierung in der Nationalversammlung.

g. Weimar, 4. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Die ursprüngliche Absicht, die Zustimmung der Nationalversammlung zur Ratifizierung des Friedensvertrags schon am Sonnabend einzuholen, hat sich infolge technischer Schwierigkeiten nicht verwirklichen lassen. Man wird diese entscheidende Sitzung nun voraussichtlich Mitte der kommenden Woche abhalten.

Im bayrischen Landtagsausschuß für Auswärtiges, der gestern in Bamberg tagte, erklärte Ministerpräsident Hoffmann, daß die bayerische Regierung der Ratifizierung des Vertrages zustimmen werde, und forderte entsprechende Erklärungen der einzelnen Parteien in dieser Frage. Nach Abgabe der Erklärungen seitens der bayerischen Volkspartei, der Demokraten, des Bauernbundes, der Mittelpartei, der Sozialdemokraten und der U. S. P. D. wurde vom Vorsitzenden des Ausschusses konstatiert, daß der Ausschuß einstimmig den Beschluß gefaßt habe, daß die bayerische Regierung und der Landtag bei bayerischen Gesandten in Berlin bevollmächtigten die bayerischen Stimmen im Staatenausschuß für die Ratifizierung des Friedensvertrages abzugeben.

Autonomie für preußische Provinzen.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung" läßt sich aus Weimar melden, daß dort das preußische Staatskabinett gestern eine vertrauliche Sitzung abgehalten hat. Heute werden die Führer der Landtagsfraktionen und das Präsidium der Preußischen Landesversammlung in Weimar erscheinen, um mit dem Staatskabinett gemeinsam wichtige Fragen zu beraten. Die Zentrums-Parlamentskorrespondenz meint, es handle sich dabei um Verhandlungen mit der Reichsregierung über Verleihung der Autonomie an die Provinz Schlesien. Vermutlich wird aber auch das Rheinland Schlesien gleichgestellt werden. Die „Germania" meint in diesem Zusammenhang: Es soll sich um Vorschläge handeln, den einzelnen preußischen Provinzen eine weitgehende Autonomie in Schulfragen zu verleihen.

Oberschlesien in englischem Urteil.

Laut einem von der englischen Regierung herausgegebenen Weißbuch berichtet die f. Zt. nach Oberschlesien geschickte englische Kommission,

daß es eine wundervolle kleine Provinz mit ordnungsliebender, hart arbeitender und moralisch gesunder Bevölkerung sei. Das ganze Land bis zur Grenze sei rein deutsch, und es sollte ihm gestattet werden, deutsch zu bleiben.

Siegesfeier in Paris.

ep. Paris, 5. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Europa Preß meldet: Paris steht im Zeichen der fieberhaften Vorbereitungen zum großen Siegesfest am 14. Juli, dem französischen Nationalfeiertag. Ministerpräsident Clémenceau hat bestimmt, daß dieser Tag einen streng militärischen Charakter annehmen soll. An diesem Tage wird also der französische Militarismus in voller Blüte stehen. Für Fensterplätze, von denen aus man die Truppenschau beobachten kann, werden phantastische Preise gefordert und gezahlt. So kostet in der Avenue des Champs d'Elysees ein Fensterplatz bis zu 3000 Franken, für Balkone werden bis zu 45000 Franken bezahlt. Am 13. Juli findet großer Zapfenstreich und am 14. die Truppenschau über Armeeteile vor Poincare und seinem Kabinett statt. Foch, Petain und Joffre werden den Truppen vorantreiten. Am Abend finden sodann große Festvorstellungen in allen Theatern und glänzende Illumination statt.

Italiens Gebietsansprüche im Orient.

ep. Paris, 5. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Nach einer Meldung des „Journal" dauern die Meinungsverschiedenheiten zwischen den französischen und italienischen Vertretern über die territorialen Ansprüche Italiens fort. Auch in einer gestern stattgefundenen Konferenz, der Clémenceau, Tittoni, Balfour und Lansing beiwohnten, wurde eine Einigung nicht erzielt. Wie das Blatt erfährt, verzichtet Italien auf seine Ansprüche in der Adria, verlangt aber als Kompensation große Gebietsabtretungen in Afrika und Asien und u. a. ganz Anatolien. Man glaubt, daß die italienischen Forderungen durchdrungen werden, da ihnen Amerika und England günstig gegenüberstehen. Wie das „Journal" weiter zu berichten weiß, hat Tittoni bereits mit dem Abbruch der Verhandlungen gedroht, wenn die Wünsche Italiens diesmal nicht berücksichtigt würden.

Waffenstillstand im Baltikum.

Der Pressebeirat der Deutschen Gesandtschaft in Riga teilt mit:

Am Donnerstag mittag ist an der lettisch-estnischen Front ein Waffenstillstand in Kraft getreten, der die militärische Lage eingehend regelt. Alle Feindseligkeiten sind eingestellt. Die Reste deutscher Truppen, die noch in Lettland stehen, verlassen Riga bis zum Nachmittag des 5. Juli, und das ganze Land so bald wie möglich. Eine Vorwärtsbewegung dürfte nur noch im Notfalle entsprechend den Friedensbedingungen gegen bolschewistische Truppen stattfinden. In Riga bleiben geringe Wachen zur Durchführung des Abtransportes deutscher Heeresgüter. In Riga und Libau setzt die Entente Gouverneure ein, die in Gemeinschaft mit den letzten die Verwaltung übernehmen, wobei die Engländer die Zivilverwaltung, die Amerikaner die Militärverwaltung übernommen haben. Der frühere Ministerpräsident Ulmanis wird in Riga mit Vollmacht des Volksrates das vorgelegene Koalitions-Kabinett bilden, dem außer sieben Letten seiner Gruppe vorausssichtlich drei Deutsch-Balten und ein Jude oder Russe angehören werden.

Eine Niederlage der englischen Regierung.

(W. T. B.) London, 4. Juli. (Unterhaus.) Bei der dritten Lesung eines von der Arbeiterpartei eingebrachten Gesetzentwurfes über die bürgerliche Gleichberechtigung der Frauen beantragte der Vertreter des Amtes für Selbstverwaltung Astor namens der Regierung Ablehnung der Vorlage und kündigte eine Regierungsvorlage an, die dem erstrebten Zwecke besser entsprechen werde. Die Arbeiterpartei und die Unabhängigen Liberalen brachten den Regierungsantrag namentlicher Abstimmung mit 160 gegen 85 Stimmen zu Falle.

Der Vorgang beweist, daß das eben noch so lebhaft gefeierte Ministerium Lloyd George doch auf ziemlich schwachen Füßen steht. Allerdings scheint die Niederlage nur durch die schlechte Besetzung des Hauses möglich gewesen zu sein. Daraus wird sie wohl auch keine weiteren Folgen haben.)

Die Eisenbahnerbewegung.

Gegen die wilden Streiks.

In Elberfeld tagte, wie uns die Gewerkschaft deutscher Eisenbahner und Staatsbediensteter mitteilt, am 29., 30. Juni und 1. Juli ein außerordentlicher Verbandstag der Gewerkschaft deutscher Eisenbahner und Staatsbediensteter. Vertreten waren 800 Ortsgruppen durch 170 Vertreter. Als Ergebnis der dreitägigen Verhandlungen wurden Beschlüsse gefaßt, in denen entgegen den wilden Eisenbahnerräten nach Frankfurter, Hamburger und Erfurter Muster die Schaffung einer geordneten Interessenvertretung auf demokratischer Grundlage, die Einbeziehung zum mindesten der Eisenbahnbetriebsbeamten in das Betriebsrätegesetz und die Neuordnung des Beamtenrechts gefordert wurden. Gegen die wilden Eisenbahnerstreiks wurde scharf Stellung genommen, ebenso auch gegen die Versuche, den Eisenbahnern das Streikrecht wieder zu nehmen. Die jetzt herrschende Streikwillkür müsse durch ein gesetzlich umschriebenes Streikrecht mit Schlichtungs- und Schiedsgerichtsverfahren ersetzt werden. Gefordert wurde ferner die praktische Anerkennung der Eisenbahnergewerkschaften als Tarifvertragsorgane. — Zur beschleunigten Preissenkung als Lebensmittel fordert der Verbandstag, daß die aufgewendeten Staatsgelder wirklich den Verbrauchern, nicht dem Zwischenhandel zugute kommen.

In gleichem Sinne verurteilte die am Freitag in Frankfurt a. M. vom Gewerkschaftsbund deutscher Eisenbahnbeamter einberufene Versammlung der Eisenbahnbeamten und Hilfsbeamten den Teilstreik, weil er den Gewerkschaftsgrundsätzen widerspreche. Es wird die sofortige Durchführung des Mitbestimmungsrechtes und die Demokratisierung der Eisenbahnverwaltung gefordert, ferner sofortiger Preisabbau, Maßnahmen zur Bekämpfung des Wuchers und des Schleichhandels, sofortige Verbauung zur Regelung der Gehälter und das volle Koalitionsrecht für alle Eisenbahner.

Auch in Berlin nahm gestern eine von über 2500 Personen besuchte Versammlung der Eisenbahnbeamten Stellung zu dem Streik der Eisenbahnarbeiter. Einmütig wurde dabei betont, daß es sich hier nicht um einen wirtschaftlichen, sondern um einen politischen Streik handle, und die Eisenbahner dazu benutzt werden sollten, der U. S. P. und den Kommunisten Vorschubdienste zu leisten; das müsse die Beamtenschaft auf das entschiedenste ablehnen. Es wurde beschlossen, an die Ausständigen ein Ultimatum zu richten, bis heute abend 8 Uhr die Arbeit wieder aufzunehmen. Heute abend soll dann eine neue Versammlung der Beamten darüber beschließen, welche Maßnahmen zur Wiederaufnahme des Verkehrs getroffen werden sollen, wenn die Arbeiter das nicht tun.

Frankfurt — Kassel — Hannover.

Während im Bezirk Frankfurt der Streik den seine Leiter als durchaus nur von wirtschaftlichen Gründen veranlaßt bezeichnen) konstant, so daß einstweilen der Verkehr Frankfurt—Berlin auf die Strecke Erfurt—Berlin beschränkt ist, kommt aus Kassel folgende erfreuliche Meldung:

Nachdem die hiesigen Eisenbahner einstimmig die von Frankfurt her angeregte Beteiligung am Eisenbahnerstreik abgelehnt haben, ist die unbeschränkte Aufrechterhaltung des Eisenbahnverkehrs im Direktionsbezirk gesichert.

Dagegen tritt der Bezirk Hannover in den Streik:

(W. T. B.) Hannover, 4. Juli. Bei der heute unter den hiesigen Eisenbahnern in den Betriebswerkstätten erfolgten Urabstimmung wurden 5713 Stimmen für, 2469 Stimmen gegen den Streik abgegeben. 136 Stimmzettel waren unbeschrieben. Die Arbeitsniederlegung soll heute abend 6 Uhr beginnen.

Im Berliner Verkehrsstreik

ist gestern noch keine Einigung zustandegekommen, wenigstens eine sachliche Entscheidung noch nicht. Man hat nur so viel erzielt, daß der Konflikt schon heute dem Hauptschlichtungsausschuß unterstellt werden soll. Zu diesem Hauptschlichtungsausschuß wollen die Arbeitnehmer neue Mitglieder aus ihren Reihen vorschlagen, wollen diesen aber das Urteil des Hauptausschusses ihren Aufstraggebern zur Annahme empfehlen. Unter der Voraussetzung, daß der Ausschuß in der Frage der Wirtschaftshilfe eine den Parteien zusagende Entscheidung trifft, könnte die Arbeit Anfang der nächsten Woche wieder aufgenommen werden.

Das neue Schulprogramm und die Frage des Religionsunterrichts.

Von Konrad Weiß,
Mitglied der Nationalversammlung.

Die Beratungen des Verfassungsausschusses der Nationalversammlung haben sich nicht mit einer äußeren mechanischen Verzinheitlichung des Schulwesens begnügt, sondern die Bildungsorganisation einem einheitlichen und sozialen Bildungsgedanken unterstellt, der in Artikel 145 folgendermaßen formuliert ist:

In allen Schulen ist persönliche und staatsbürgerliche Tüchtigkeit und sittliche Bildung auf deutsch-volkstümlicher Grundlage im Geiste der Völkerversöhnung zu erstreben.

Die Betonung „deutsch-volkstümlicher Grundlage" für das gesamte Bildungswesen erschien deswegen besonders angezeigt, weil die viel verbreitete Anschauung, daß wahrhafte Bildung nur auf der Grundlage englischer oder französischer Kultur oder auf griechischer und lateinischer Klassik errungen werden könne und eine noch vorhandene Anschauung, daß fremdsprachliche Kenntnisse überhaupt das Merkmal einer „höheren Bildung" seien, zeitweilig aus der Schulgesetzgebung beseitigt und der Grundsatz der Verfassungsmäßig herausgestellt werden mußte, daß der Bildungsgang für die deutsche Jugend zunächst und in erster Linie aus dem deutschen Kulturgut zu bestreiten sei.

Die Dellrkitalierung des Schulwesens mußte notwendigerweise auch die Frage des Religionsunterrichts berühren und dies um so mehr, als diese Frage auf innigste zusammenhänge mit dem durch die Verfassung gleichfalls neu zu regelnden Verhältnisse vom Staate zur Kirche.

Vom politischen Gesichtspunkt aus wäre die einfachste Lösung wohl die gewesen, die Erteilung des Religionsunterrichts den Religionsgesellschaften zu überlassen, wobei man noch hätte bestimmen können, daß die Schule bei Festsetzung des Stundenplans und auf Wunsch durch Niederlassung von Unterrichtsräumen auf den Religionsunterricht Rücksicht nimmt. Diese von sozialdemokratischer Seite vorgeschlagene Lösung hätte sich der französischen Schulgesetzgebung genähert, die den Religionsunterricht aus dem Lehrplan der öffentlichen Staatsschule ausschaltet, jedoch einen Tag in der Woche außer dem Sonntag freistellt, um den Eltern, die es wünschen, zu ermöglichen, ihren Kindern Religionsunterricht außerhalb der Schulräume erteilen zu lassen. Der Religionsunterricht wird dort durch Moralunterricht ersetzt, der aber keineswegs immer neutral bleibt, sondern vielfach dem Religionsunterricht der Kirchen und Familien entgegenarbeitet. Auch die Belgien wurde 1879 die religionslose Staatsschule eingeführt, aber mit dem Erfolge, daß der von der katholischen Kirche gegen sie angenommene Kampf auf dem Weg eines reich entwickelten Privatschulwesens zu einer vollständigen Klerikalisierung des Schulwesens, zu einer Rückführung der Schule in die Hände der Kirche geführt hat. Aehnlich erging es in Holland, wo die konfessionslose Staatsschule zu einer ungeahnten Entwicklung der konfessionellen Privatschulen und zu einer Zerreißung der Einheitlichkeit der Volksbildung führte.

Diese Erfahrungen und die von sozialdemokratischer Seite unterschätzte Bedeutung des Religionsunterrichts, dem die Aufgabe zufällt, in ein Hauptstück des geschichtlichen und gegenwärtigen Kulturlebens einzuführen und die religiöse Beanlagung der Kinder mit den übrigen Anlagen und Neigungen harmonisch auszubilden, haben dazu geführt, das sich entsprechend einem demokratischen Antrag die Mehrheit des Aus-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-847529-19190705016/fragment/page=0001

schusses für die Beibehaltung des Religionsunterrichts als ordentlichen Lehrgegenstand der Schule mit aller Entschiedenheit aussprach. Um jegliche Gewissensbedrückung zu vermeiden, war man übereinstimmend der Anschauung, daß die Erteilung des Religionsunterrichts und die Vornahme kirchlicher Verrichtungen der Willenserklärung der Lehrer überlassen sei und daß gegen den Willen der Erziehungsberechtigten (der Eltern oder Vormünder) kein Schüler zum Besuch des Religionsunterrichts oder zur Teilnahme an kirchlichen Feiern und Handlungen gezwungen werden dürfe.

Artikel 146 hat demgemäß folgende Fassung erhalten:

„Der Religionsunterricht ist ordentlicher Lehrgegenstand der Schulen. Seine Erteilung wird im Rahmen der Schulgesetzgebung geregelt. Der Religionsunterricht wird in Uebereinstimmung mit den Grundsätzen der betreffenden Religionsgesellschaften unbeschadet des Aufsichtsrechtes des Staates erteilt.

Die Erteilung des Unterrichts und die Vornahme kirchlicher Verrichtungen bleibt der Willenserklärung der Lehrer überlassen. Gegen den Willen des Erziehungsberechtigten darf kein Schüler zum Besuch des Religionsunterrichts oder zur Teilnahme an kirchlichen Feiern und Handlungen gezwungen werden. — Die theologischen Fakultäten an den Universitäten bleiben erhalten."

Mit der Frage des konfessionellen Religionsunterrichts hängt nun auch die Entscheidung für oder gegen die Konfessionsschule zusammen. Es ist kein Zweifel, daß die Befürworter der Nationalen Einheitsschule, die das gesamte Schulwesen auf einer für alle gemeinsamen Grundlage aufbauen wollen, entschieden für die Simultanschule und gegen die Absonderung der Kinder nach kirchlichen Bekenntnissen eintreten. Die Freunde der Konfessionsschule werden dem auch, soweit sie sich für die Verinnerlichung des Bildungswesens erklären, nur von ihrer sozialen Einheitsschule, womit sie ausdrücken wollen, daß die Kinder nicht nach der wirtschaftlichen oder sozialen Stellung der Eltern getrennt werden dürfen. Die Anschauungen über Vor- und Nachteile der Konfessions- und Simultanschule stützen bei den Ausschußberatungen hart aufeinander, führten aber zu keiner grundsätzlichen Entscheidung. Angesichts der Tatsache, daß in weiten Gebieten des Deutschen Reiches die Konfessionsschule noch gesetzlich oder verordnungsgemäß besteht und weite Teile der Bevölkerung sich für die Konfessionsschule aussprachen, erschien die allgemeine Festlegung der Simultanschule für sämtliche Teile des Reiches nicht angebracht, wollte man nicht das Verfassungswerk mit dem schweren Vorwurf Glaubens- und Gewissenszwang auszuüben, belasten und einen leidenschaftlichen Kultur- und Schulkampf entzünden. In einer Zeit, in der es mehr als je gilt, alle Volkskräfte möglichst zum gemeinsamen Aufbau des zusammengebrochenen wirtschaftlichen und kulturellen Lebens zusammenzufassen, konnte man nicht das Verfassungswerk mit dem schweren Vorwurf Glaubens- und Gewissenszwang ausüben, belasten und einen leidenschaftlichen Kultur- und Schulkampf entzünden. In einer Zeit, in der es mehr als je gilt, alle Volkskräfte möglichst zum gemeinsamen Aufbau des zusammengebrochenen wirtschaftlichen und kulturellen Lebens zusammenzufassen, konnte man nicht die Gewissensüberzeugung weiter Volkskreis: eine Schulform unter allen Umständen gefördert werden, die doch für ihre Wirksamkeit auch des Vertrauens der Bevölkerung, besonders der Eltern, bedarf. Darum hat Artikel 143, der die Einheitsschule verfassungsgemäß festlegt, den Zusatz erhalten:

„Ob und wieweit bei der Gliederung der Volksschule Kinder des gleichen Bekenntnisses auf Antrag der Erziehungsberechtigten vereinigt werden können, bestimmt die Gesetzgebung."

Es ist sonach zunächst Sache der Landesgesetzgebung in Würdigung der konfessionellen Verhältnisse der Bevölkerung und der bisherigen Entwicklung des Schulwesens die Frage der Simultanisierung der Volksschule zu entscheiden.

Schließlich ist noch hervorzuheben, daß die Errichtung von Privatschulen zwar nicht verboten, aber an die Genehmigung des Staats geknüpft ist. Wie diese wird deshalb nach landesgesetzlichen Bestimmungen auch von der Prüfung des Bedürfnisses abhängig sein, ob Privatschulen errichtet werden dürfen oder nicht, dabei geht die Verfassung von der grundsätzlichen Voraussetzung aus, daß private Volksschulen nur zuzulassen sind, wenn sie in ihrem inneren Ausbau nicht hinter den öffentlichen Schulen zurückstehen. Bei der Erörterung wurde ausdrücklich festgelegt, daß bereits bestehende Privatschulen, sofern sie sich bewährt haben, den landesgesetzlichen Bestimmungen entsprechen und nicht als Ersatz für die Grundschule gelten, weiter bestehen können.

150 Millionen für die Kriegsgefangenen.

Um den Kriegsgefangenen, die so schweres erduldet haben, bei ihrem Uebertritt in das bürgerliche Leben eine Hilfe zu leisten, hat sich die Reichsregierung aus eigenem Entschluß bereit gefunden, 150 Millionen Mark auf Antrag des Reichsministers der Finanzen zur Verfügung zu stellen. Diesen Betrag erhält die „Kriegsgefangenenheimkehr", eine sich über ganz Deutschland bis in die kleinsten Orte erstreckende Organisation, als Reichszuschuß zu ihren eigenen, durch Sammeltätigkeit aufgebrachten Mitteln, um sie in zweckmäßiger Weise hilfsbedürftigen heimkehrenden Kriegsgefangenen nahe zu machen, insbesondere durch Beschaffung von Arbeitskleidern und Arbeitsgerät.

Der Verfassungsentwurf in der Nationalversammlung.

Fünfjährige Legislaturperiode. — Wahlmündigkeitsalter 20 Jahre. — Gewählt wird Sonntags. — Zwei Zwischenfälle.

Drahtbericht unseres Weimarer Sonderberichterstatters.

g. Weimar, 4. Juli.

Von den beiden namentlichen Abstimmungen, die im Verlaufe der heutigen Sitzung der Nationalversammlung vorgenommen wurden, war die zweite über Artikel 22, in dem nach der Vorlage die Legislaturperiode des Reichstages auf drei Jahre festgesetzt werden sollte, besonders bemerkenswert. An der Debatte beteiligte sich das Zentrum nicht. Als Gegner der dreijährigen Sitzungsperiode waren die Rechtsparteien und die Mehrzahl der Demokraten allein aufmarschiert. Die Abstimmung ergibt eine Ueberraschung: die dreijährige Legislaturperiode fand gegen die Stimmen der beiden sozialdemokratischen Parteien und eines kleinen Teiles der Demokraten. Sie wird mit den Stimmen der Rechtsparteien, der demokratischen Mehrheit und des gesamten Zentrums, das damit gegen die übrigen Parteien der Koalition geschlossen stimmt, auf fünf Jahre verkürzt: ein bedenklicher Riß im Regierungsblock, unso bedenklicher, als er in einer Atmosphäre nicht ganz unwesentlichen Frage zutage getreten ist.

Daß bei der vorausgegangenen Abstimmung der gemeinsame Antrag der Rechtsparteien, das Wahlmündigkeitsalter mit 20 Jahren aus der Verfassung herauszulassen, gegebenenfalls es mit 24 Jahren festzulegen, fallen mußte, kann er die Gründe der Vernunft für sich hatte), war nach der Debatte des Vortages mit ziemlicher Sicherheit anzunehmen. Auch die Demokraten stimmten, anscheinend aus agitatorischen Gründen, heute gegen ihn. trotzdem ihr Sprecher in der Debatte nicht gerade übermäßige Begeisterung für die Wahlmündigkeit „politischer Säuglinge" ausbringen konnte.

Und dann ein zweiter Riß im Regierungsblock, als Sozialdemokratie und Zentrum bei der Abstimmung über den Antrag der ersteren, den Wahltag auf einen Sonntag festzusetzen, einander scharf gegenüberstehen. Diesmal unterlag das Zentrum, als diese Bestimmung von der linken Seite des Hauses mit von der demokratischen Mehrheit angenommen wird.

Zwei Zwischenfälle, von denen der eine überhaupt nicht in das Haus, der zweite nicht unmittelbar in den Rahmen der Verfassungsberatungen gehörte: Als der Abgeordnete Katzenstein spricht, beweat sich eine schwarzgekleidete Dame, die niemand als Abgeordnete kennt, unbehelligt durch das Haus zur Rednertribüne hin. Als der Abgeordnete Katzenstein eine kleine Pause in seinen Ausführungen eintreten läßt, versucht die Dame, zu dem Hause zu sprechen. Nur die Worte: „Von der Maas bis an die Memel" bleiben verständlich. Präsident Fehrenbach, der erscheinend auch nicht erkennt, daß die Dame dem Hause nicht angehört, ersucht sie, den Platz zu verlassen, da sie das Wort nicht habe. Nach einigem Widerstreben räumt sie den Platz und setzt sich diesmal an den Ministertisch. Schließlich entfernt ein Diener sie aus dem Saale, nachdem der Präsident festgestellt hat, daß sie nicht zum Hause gehöre. Der kleine und an sich harmlose Zwischenfall beweist, daß trotz aller Absperrungen es doch möglich ist, in das Haus der Nationalversammlung mit Leichtigkeit hineinzugelangen. Er sollte eine Lehre dafür sein, in Zukunft durch vorbeugende Maßnahmen, vor allem durch eine Verschärfung der Kontrolle unliebsamere Ueberraschungen mit auf den Weg gegeben. Ernster ist der kleine und an sich harmlose Zwischenfall beweist, daß trotz aller Absperrungen es doch möglich ist, in das Haus der Nationalversammlung mit Leichtigkeit hineinzugelangen. Er sollte eine Lehre dafür sein, in Zukunft durch vorbeugende Maßnahmen, vor allem durch eine Verschärfung der Kontrolle unliebsamere Ueberraschungen mit auf den Weg gegeben. Ernster ist der Zwischenfall, der sich während der Rede des Abgeordneten Haase ereignete. Haase veranlaßt, der in losem Zusammenhang mit der Verfassungsberatung auf die Zustände im Osten, insbesondere in den deutschen Ostprovinzen eingegangen ist. Ihm entgegnet der Staatskommissar und Abgeordnete Winnig. Er stellt fest, daß die Bestrebungen, die eine Einigung mit den Polen herbeiführen wollen, nur von einem kleinen Teil der Volksräte Westpreußens getragen werden, daß sie weder von der Regierung, noch von dem parlamentarischen Aktionsausschuß, den man zum Schutze der Ostprovinzen gebildet hat, gebilligt werden. Dann geht der Redner auf die Ausführungen Haases über die Zustände im Baltenlande ein und stellt fest, daß die deutschen Truppen auf die dringende Bitte aller Klassen und Parteien des lettischen Volkes wieder ins Baltenland einrückten, nachdem der Abzug der 8 Armee dort der Bolschewistenherrschaft Tür und Tor geöffnet hatte. Herr Haase beklagt die Tötung von 7000 Einwohnern Rigas. Die angeblich als Bolschewisten ums Leben gekommen seien. Wirnig beklagt, und mit Recht, viel mehr die Tausende von deutschen Volksgenossen, die vor der Einnahme Rigas dort ihr Leben unter den bolschewistischen Mörderbanden hätten lassen müssen. Er findet warme Worte auch für diejenigen, die als deutsche Barone und als „Blutsauger" gerade dem Mitgliedern seiner Partei so oft angegriffen worden sind. Er sieht in ihnen nicht nur die privilegierte Schicht, die Grundbesitzer, sondern mit Recht auch die Leute, die dort seit 700 Jahren deutsches Volkstum und deutsche Kultur hochgehalten haben. Winnig, der Sozialdemokrat, dessen Partei in den Tagen des Friedensschlusses den Dreh-stiewelk von einer Vergewaltigung der russischen Randstaaten sprach, hat heute eingesehen, daß der Rückzug unserer deutschen Truppen aus diesen Gebieten das End- und die Ausrottung des letzten Restes des Deutschtums dort bedeuten wird, und er bedauert das aufs tiefste — zu spät.

Den übrigen fördernte der Verlauf der heutigen Sitzung die Verfassungsberatung bedeutend, ohne daß man aber daran denken könnte, sie schon am Sonnabend, wie es ursprünglich vorgesehen war, abzuschließen. Man beriet in rascher Folge die wesentlichsten Bestimmungen über den Reichstag. Eine längere Debatte entwickelte sich noch einmal, als die Bestimmungen über die Errichtung eines Ausschusses für auswärtige Politik und eines Ueberwachungsausschusses für die Reichsfinanzen erörtert werden. Hier traten die demokratischen Abgeordneten zugunsten eines Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten ein, der eine Schule für Parlamentarier werden kann, um sie zu Spezialisten auf diesem Gebiete in Fragen der auswärtigen Politik auszubilden. Scharf dagegen wandten sie sich gegen die Einsetzung eines Ueberwachungsausschusses, den ihr Sprecher, der Abgeordnete Schücking, als eine Kinderkrankheit bezeichnete, der Anschauung entsprungen, daß alles durch alle kontrolliert werden müsse. Auch die Redner der Rechtsparteien wandten sich gegen diesen Ausschuß. Die Abstimmung ergab dennoch seine Einsetzung, nachdem Mitglieder aller Fraktionen teils für, teils gegen ihn gestimmt hatten.

Dann geht das Haus noch an den Abschnitt über Reichspräsidenten und Reichsregierung heran und berät den 1. Artikel, in dem festgesetzt wird, daß der Reichspräsident vom ganzen deutschen Volk gewählt wird, und in dem seine Bestimmungen über die Wahlberechtigung des Reichspräsidenten enthalten sind. Die Abstimmung hierüber wird vertagt, nachdem noch ein Zuruf eine gewisse Heiterkeit im Hause ausgelöst hat. Der Abgeordnete Dr. Pfeiffer (D. Vp.) stellt mit Recht fest, daß bei einem Kollegium, wie es die Unabhängigen fordern, der Wille eines einzigen Mannes das ganze Kabinett tyrannisieren könne. Prompt antwortet hierauf ein Ruf, der bezeichnenderweise von der linken Seite des Hauses kommt: „Erzberger!"

Der Sonnabend wird die Weiterberatung der Verfassung bringen. Der Aeltestenausschuß hat beschlossen, die Beratung der Verfassungsvorlage am Montag zu unterbrechen und vom Dienstag ab die zehn Steuervorlagen in erster Lesung zu erledigen. Es ist in Aussicht genommen, nur eine Rednergarnitur zu Worte kommen zu lassen.

*

Die Deutsche Volkspartei hat einen Antrag eingebracht, wonach die Nationalversammlung dem Generalfeldmarschall von Hindenburg bei seinem Ausscheiden aus dem Heeresdienst ihren Dank aussprechen soll. Präsident Fehrenbach hat den Antrag zunächst dem Aeltestenausschuß zur Beratung vorgelegt.

Kurze Nachrichten.

Der Führer der Bankbeamten, Emonts, ist gestern abend aus Berlin geflüchtet, als er zu den Verhandlungen zwischen Bankleitern und Angestellten deurlaubt war. — Die Unabhängigen beantragten in der Nationalversammlung die beschleunigte Aufhebung des Strafverfahrens gegen Eichhorn für die Dauer der Sitzungsperiode. — In Brunsbüttel trafen der russische Dampfer „ChristianRehet" und der bulgarische „Konstantin" mit 4000 aus Saloniki heimkehrenden Kriegern ein. — Die bayrische Regierung wird demnächst aus Bamberg nach München zurückkehren, der Landtag wird Ende des Monats dorthin zurückkehren. — In Lemberg wüten heftige Exzesse gegen die Juden, die Behörden stehen den Treiben passiv gegenüber.

Berliner Brief.

Berlin, 3. Juli.

Wir genießen also wieder einmal das Schauspiel: Berlin zu Fuß. Nun schon zum viertenmal, man hat sich bereits daran gewöhnt, und die Geschichte geht ganz automatisch. Erst streikten die Straßenbahner im März, dann am 1. Mai, darauf bei der Erschießung Levinés in München und jetzt, weil sie eine Entschädigungssumme von 700 Mark auf den Kopf und die Gewährung jährlichen Urlaubs verlangen. Aber auch die Eisenbahn streikte (zum Teil), und die Hochbahn streikt, und der Omnibus streikt — so von allen Verkehrsmitteln entblößt waren wir doch bisher noch nicht. Und werden es vermutlich auch nie so lange gewesen sein. Denn es scheint, daß die Direktionen der verschiedenen Gesellschaften, hinter denen die Regierung steht, fest entschlossen seien, diesmal nicht nachzugeben und es auf eine Machtprobe ankommen zu lassen.

Die Leidtragenden sind natürlich die Groß-Berliner, die entweder überhaupt nicht an ihre Arbeitsstätten gelangen können oder ihren Pflichten sonst beobachten müssen. Kraftdroschken kosten das Dreifache, Pferdedroschken das Doppelte der Taxe, und die „wilden" Fahrgelegenheiten, die diesmal in ungewöhnlichen Mengen erschienen sind, verteuern gleichfalls, gepfefferte Preise zu nehmen. Die Theater haben Kremser (eine Art von) lassen sie zu bestimmten Zeiten an gewissen Plätzen halten, an denen sich dann die Schaulieder zu gemeinsamen Beförderung versammeln. Ebenso werden sie nach Schluß der Vorstellungen wieder heimbefördert.

Die Straßen sind durch das Verschwinden der Straßenbahnen und Omnibusse nicht etwa geräuschloser geworden — im Gegenteil. Lastautos und Lastwagen, die Rollwagen, Geschäftsfuhrwerke usw., die man in der erfindungsreichsten und dabei doch primitivsten Art für den Personenverkehr hergerichtet hat, erfüllen sie mit dem Rasseln, Rattern und Lärmen ihrer Räder, und da sie oft zu zweien und dreien auf jeder Straßenseite nebeneinander fahren, so hat Berlin endlich den Korso, den man seit den Tagen Kaiser Wilhelms I. immer wieder und immer vergeblich bei uns einzubürgern suchte. Was der damalige Oberhofhallenzeiter Graf von Lehndorff mit Unterstützung der Gesellschaft erfolglos anstrebte — der Streik hat es Ereignis werden lassen. Allerdings, besonders vornehm arten sich die Korsofahrte der Republik nicht, und unter ihren Bespannungen wird man umsonst nach den jeurigen Orlow-Trabern suchen. Und — merkwürdig! — auch der eleganteste Herr, die feschste Dame scheinen der Umgebung angepaßt zu werden, sowie sie auf solchem Wagen Platz genommen haben. Denn nun machen sie einen durchaus minderen Eindruck, und die schönste und schärfste Bügelfalte ist ebenso wenig bewerbar wie das Kleid nach der letzten Mode.

Uebrigens hat sich — ein erfreuliches Zeichen für den wieder regen Unternehmungsgeist! — eine kosmetische Fabrik, die eine Zahnpasta herstellt seit gestern zu Reklamezwecken auf die neuen Beförderungsmittel gestürzt. Sie hat ein paar der Wagen gemietet, sie mit Werbeplakaten ausgestattet und ihnen außerdem eine Aufkündigung mit auf den Weg gegeben: „Zahnwohl-Fahrten auf Gutschein. Bayerischer Platz — Potsdamer Platz." Die Sache vollzieht sich in der Weise, daß jeder, der solchen Wagen benutzt, einen Fahrschein erhält, der mit einem gewissen Betrag beim Einkauf der Zahnpasta in Anrechnung gebracht wird. Indessen ist nicht sicher, ob dieser kluge und lebhafter Anklang, als man so doch in die Lage versetzt wird, immerhin einen Teil der hohen Fahrkosten wieder hereinzubringen.

Die Regierung läßt ihre Beamten durch Militärlastwagen zum Dienst und vom Dienst befördern und stellt dieselben, die sie gestern mit Anhängern fahren, auch dem Publikum zur Verfügung, soweit der Platz reicht. Im ganzen also behilft man sich, so gut es geht, auch ohne die üblichen Verkehrsmittel, was namentlich die Straßenbahner als schwere Kränkung empfinden. Sie haben deshalb, unterstützt von radaulustigen Elementen, mehrfach in den öffentlichen Verkehr eingegriffen, Plätzenwagen angehalten und umgestürzt, wenn gerade keine z- zum Schutz der Gefährte aufgebotenen berittenen Schutzmannspatrouillen in der Nähe war. Aber ihr Vorhaben ist ihnen nicht immer gelungen; in vielen Fällen haben die Fahrgäste Wagen und Kutscher tapfer verteidigt, und in einem Nutzungsrecht sie mit teurem Gelde erworben hatten, auf das Ersuchen einer Bande von Wegelagerern hin zu verlassen, und die Kutscher waren nicht gewillt, sich um ihren Verdienst bringen zu lassen. Die Insassen blieben schimpfend und drohend auf ihren fragwürdigen Sitzen, und die Kutscher knallten den Angreifern die Peitschen um die Nasen, gaben den Pferden die Zügel locker und bahnten sich eine Straße durch die Masse.

Daß der Ausstand wirklich nur rein wirtschaftliche Zwecke verfolgt, daran glaubt heute kein Mensch mehr. Man ist vielmehr überzeugt davon, daß hinter den Kulissen kommunistische Drahtzieher arbeiten, und einen Beweis dafür scheinen die Disputierklubs zu bilden, die sich jetzt dauernd an gewissen Stellen der Stadt, z. B. an der Ecke der Bülow- und Potsdamerstraße, auftun. Immer kann man beobachten, daß drei Leute die ganze Geschichte in Szene setzen: der eine, der offenbar nationalistischer Politiker ist, gerät mit dem anderen, der stark kommunistische Anschauungen vertritt, in eine erregte und stets erregter werdende Auseinandersetzung, der dritte spielt sich als „Unparteiischer" auf, der sehr sorgfältig das Für und Wider der Meinungen abwägt und schließlich doch eigentlich zu dem Kommunisten hinneigt. Natürlich sammeln sich um die Wortkämpfer mehr und mehr Neugierige, bis endlich trotz des Belagerungszustandes große öffentliche Versammlungen zustandegekommen sind, zwei solcher Versammlungen, deren jede vielleicht 3—400 Köpfe zählte, sah ich vorgestern nacht noch um 1¼ Uhr in vollster Tätigkeit. Selbstverständlich handelu und reden die drei, die die Geschichte einleiten, nach fest vereinbartem Plan und suchen so den Kommunisten Wasser auf die Mühle zu treiben.

Wie weit der Einfluß der neuzeitlichen Gedanken reicht, erhellt aus einer Streikbewegung der Pflichtfortbildungsschüler. Die grünen Jungen und Mädel haben „Forderungen" aufgestellt und haben in einer Versammlung den Ausstand beschlossen. Ihre Wünsche bestehen vor allem in der Verlegung der Schulzeit auf die Vormittagsstunden, d. h. auf jene Stunden, in denen sie in ihren Geschäften tätig sein müssen. Außerdem verlangen sie (weshalb, ist nicht recht ersichtlich) Verbindlichkeit aller Privatschulen, Mitbestimmung der Schüler in allen Fragen, bei den Lehrplänen (!), dem Stundenplan usw., ferner Abschaffung des Schulgeldes, Einrichtung von Sportstunden und Spielabenden und „Hinauswerfung der Prügel- und Schimpfpädagogen". Und den Schluß bildet die Drohung: „Es soll sich kein Lehrer wagen, unsere Streikposten festzunehmen, sonst werden wir anderen Mitteln eingreifen." Die Bürschchen beweisen durch ihre Stilbildung, wie nötig sie die Fortbildungsschule haben und — die „Prügelpädagogen". Aber: Wie die Alten sungen . . .

Richard Wilde.

Die Reichsfarben Schwarz-Rot-Gold.

In Anknüpfung an den Beschluß der Nationalversammlung über die neuen Reichsfarben wird uns geschrieben:

Schwarz-Weiß-Rot war seinerzeit auf Betreiben Bismarcks Reichsfarbe geworden. Schwarz-Weiß war ursprünglich die Farbe der Nürnberger Hohenzollern. Es wurde dann preußische Nationalfarbe, Rot-Weiß war die Farbe Kurbrandenburgs, die völlig unbekannt war. Aus diesen beiden stellte Bismarck dann Schwarz-Weiß-Rot als deutsche Reichsfarben zusammen. Merkwürdigerweise haben seinerzeit die außerpreußischen Staaten sich nicht dagegen gewehrt, obwohl dadurch das Deutsche Reich auch nach außen hin als reinpreußische Gründung bezeichnet wurde.

Das Schwarz-Rot-Gold knüpft dagegen an an die Reichsturnfahne des alten Deutschen Reiches mit dem goldenen Adler im schwarzen Feld in Verbindung mit der purpurnen Blutfahne, die als Zeichen der obersten Gerichtsbarkeit stets neben dem Reichsbanner aufgestellt wurde. Später wurde das Schwarz-Rot-Gold zuerst von den Lützowern als Feldfarbe getragen. Von diesen übernahmen sie die Burschenfarbe. Das Frankfurter Parlament erkannte sie am 9. März durch Beschluß als Bundesfarben an.

Wenn wir auf einen Zusammenschluß mit Deutsch-Oesterreich rechnen, so ist dafür Schwarz-Rot-Gold die einzig richtige Farbe. Denn dort ist sie als Farbe der großdeutsch Gesinnten seit Jahrzehnten bekannt geworden. Sie soll ihnen ein Wahrzeichen sein, daß sie nicht in eine Art Großpreußen aufgenommen werden sollen. Wir sind ihnen das Entgegenkommen entschieden schuldig. Denn die Wiener waren bisher die Bewohner einer Hauptstadt und werden doch später wohl weniger nur Bewohner einer großen Provinzhauptstadt sein.

Schwarz-Rot-Gold war zugleich die Farbe der alten Demokraten, und das Staatswesen, das wir neu aufrichten, soll ja entschieden demokratischer sein als das alte. Die neuen Farben haben auch größere Leuchtkraft als die alten klafferen. Wenn die Handelsflagge zum größeren Teil noch die alte sein soll, so wollen wir damit die alte Tüchtigkeit in die neue Zukunft mit hinübernehmen.

Kötzschke.

Kleine Chronik.

900 Personen an Fleischvergiftung erkrankt.

Nach dem Genuß von Hammelfleisch, das von der Stadtverwaltung in Ueberruhr ausgegeben war, erkrankten dort zahlreiche Personen unter Vergiftungserscheinungen. Die Zahl der Erkrankten wird bis zum Abend auf etwa 900 geschätzt. Die Erkrankungen sind bisher leichter Art. Die Untersuchung des Hammelfleisches hat noch nicht ergeben, daß es für den menschlichen Genuß ungeeignet war.

„Krebsjauche."

Wir brachten kürzlich die Nachricht, daß der Ort „Krebsjauche" bei Frankfurt a. O. seinen Namen in Wiesenau umändere. Ein Leser sendet uns daraufhin die Angabe von der Entstehung des eigenartigen Ortsnamens ein, die unsern Lesern wohl nicht uninteressant ist: Ein Fuchs wanderte durch jones Obergelände und traf dabei einen Krebs, der ebenfalls auf der Reise begriffen war. Der Fuchs, gut gelaunt, neckte den Krebs ob der Langsamkeit, worauf dieser mit dem Fuchs wettete, daß er schneller durch das Tor der nächsten Stadt marschieren würde als der Fuchs. Gesagt, getan. Der Krebs kniff sich unbemerkt in dem buschigen Schwanz des Fuchses mit seinen Scheren fest. Der Fuchs trabte wie der Wind ab; unmittelbar vor dem Tore drehte er sich aber um, um zu sehen, wo der Krebs blieb. Diesen günstigen Augenblick benutzte der Krebs, ließ sich los und ging so als erster durchs Ziel. Freudig rief der Krebs: „Krebsjauche!" Daher der Name Krebsjauche, d. h. „Krebszuchle!"

Telegramme — Letzte Nachrichten.

Wichtige Beratungen in Weimar.

B. Berlin, 5. Juli. Heute wird in Weimar vom Reichskabinett die Frage der Ratifizierung des Friedens beraten. Auf der Tagesordnung steht ferner die Erneuerung des Auswärtigen Amtes und das Arbeitsprogramm der Regierung. Die Beratungen der Nationalversammlung über die Ratifizierung werden voraussichtlich am Mittwoch beginnen. Danach werden sich Reichsminister Bauer und Hermann Müller aussprechen. Letzterer wird sich namentlich mit der Rede Lloyd Georges eingehend beschäftigen.

Einschreiten gegen streikende Eisenbahner.

Berlin, 5. Juli. Die Regierung beabsichtigt, wie die „B. Z." erfährt, gegen den Terror der streikenden Eisenbahnarbeiter in Frankfurt a. M. mit allen Mitteln einzuschreiten. Wahrscheinlich wird heute noch, wenn die Lage sich nicht bessert, über Frankfurt a. M. der Belagerungszustand verhängt. Die Truppen der Reichswehr haben den Bahnhof, der von den Streikenden besetzt und abgesperrt wurde, freigemachen. Die Streikenden in Hannover haben die Eisenbahnanlagen in Lehrte beschädigt und es heißt, sie beabsichtigen, heute das Eisenbahndirektionsgebäude in Hannover zu stürmen.

Schlichtungsausschuß und Verkehrsstreik.

B. Berlin, 5. Juli. Der Schlichtungsausschuß, der über den Berliner Verkehrsstreik entscheiden soll, wird frühestens morgen zusammentreten können. Ein Teil der Mitglieder dieses Ausschusses, dem sämtliche Streikfälle der Tarifgemeinschaft der Straßen- und Privatbahnen Deutschlands unterstellt sind, hat seinen Wohnsitz außerhalb Berlins.

Freigelassener Engländer.

B. Berlin, 5. Juli. Der Engländer Philipp Price, der frühere Korrespondent des „Manchester Guardian" und des „Daily Herald", ist vor einiger Zeit in Deutschland wegen bolschewistischer Propaganda verhaftet worden. Die Regierung hat jetzt seine Freilassung verfügt und ihm auch die Nichtauslieferung an England garantiert, sofern Price sich sofort ins Ausland begibt.

3 Monate Gefängnis für Briefschmuggel.

Wiesbaden, 5. Juli. Vom französischen Gericht wurde der stellvertretende Regierungspräsident Springorum zu drei Monaten Gefängnis und mehreren tausend Franken Geldstrafe verurteilt, weil er versucht hatte, einen für die Berliner Regierung bestimmten, übrigens ganz harmlosen Brief durchzuschmuggeln. (Frkf. Ztg.)

In 48 Stunden über den Ozean.

Kopenhagen, 5. Juli. Das englische Luftschiff „R. 34", das am Mittwoch in Schottland aufgestiegen war, hat gestern die amerikanische Küste erreicht und kam am Nachmittag nach Newyork. Durch diesen ersten Flug eines Luftschiffes über den Ozean erhielt der gestrige Nationalfeiertag der Amerikaner ein besonders feierliches Gepräge.

Kunst und Wissenschaft.

* **Konzert des Leipziger Waldhornquartetts.** Zweifelsohne bereiteten die Leipziger Künstler den wenigen Erschienenen einen seltenen Genuß. Im Programm wird man allerdings immer mehr oder weniger auf Bearbeitungen angewiesen bleiben, denn die Literatur über Waldhorn als Soloinstrument ist spärlich bestellt. Beethoven schrieb eine Hornsonate, Brahms vertraute in seinen Symphonien dem Waldhorn die geheimsten Regungen seiner Seele an und komponierte ein Hornirio, Rich. Strauß schrieb für dies Instrument sogar ein Konzert mit Orchester. Doch

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-847529-19190705016/fragment/page=0002

Preußische Landesversammlung.

...lin, 4. Juli.

Zur Beratung steht der Bericht über die

Orden- und Titelfrage,

der die Aufhebung der das Titel- und Ordenwesen beseitigenden Verordnung vorschlägt.

Abg. Neumann-Allenstein (Soz.): Da schon in etwa 14 Tagen eine reichsrechtliche Regelung im Sinne der Verordnung erfolgen wird, werden wir gegen die Aufhebung stimmen.

Abg. Ludwig (U. S.): Auch das Tragen der alten Orden sollte verboten werden.

Abg. Dr. Schreiber-Halle (Dem.): Es ist notwendig, daß Frontsoldaten, die ihre Auszeichnung noch nicht erhalten haben, z. B. viele Kriegsgefangene, sie noch bekommen.

Abg. Dr. Leidig (D. Vp.): Die Inhaber der Eisernen Kreuze werden Herrn Ludwig keinen Dank wissen.

Der Ausschußantrag wird mit den Stimmen der beiden sozialdemokratischen Parteien angenommen.

In dritter Lesung angenommen wird u. a. die Vorlage über eine weitere Beihilfe zu den Kriegswohlfahrtsausgaben der Gemeinden und die Novelle zum preußischen Gerichtskostengesetz. Der Gesetzentwurf über die vorläufige Regelung einiger Punkte des Gemeindeverfassungsrechts geht ohne Aussprache an den Gemeindeausschuß. Hierauf wird die zweite Lesung des Handels- und Gewerbe-Etats fortgesetzt.

Unterstaatssekretär Neuhaus: Der Minister ist zu seinem Bedauern auch heute noch verhindert, von Weimar hierher zu kommen.

Abg. Frahn (D.-N.): Die Zwangswirtschaft muß abgebaut und der

freie Handel

sobald wie möglich wieder eingeschaltet werden. Die Folge der Planwirtschaft wird sein, daß das Kapital noch mehr als bisher nach dem Auslande flüchtet.

Abg. Dr. Kalle (D. V.): Die ganze Schwere des wirtschaftlichen Zusammenbruchs wird erst in der Zukunft erkennbar werden. Dem

Planwirtschaftsentwurf

liegt das ernste Streben nach Vermehrung der Gütererzeugung zugrunde. Aber auch wir sind nicht einverstanden mit dem gesetzlichen Zwang, den er aufrechterhält. Die Kontrolle des Wirtschaftslebens nach der sozialen Seite bedarf des Ausbaues. Das Zusammenwirken von Arbeitgebern und Arbeitern wäre schon viel stärker, wenn die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer die Massen hinter sich hätten.

Abg. Wiglow (Dem.): Auch wir haben schwere Bedenken gegen den Planwirtschaftsentwurf. Handel und Industrie dürfen nicht in Fesseln gelegt werden. Wir hoffen, Arbeitskraft und Arbeitslust werden unser Volk bald wieder in die Höhe bringen.

Abg. Menzel (U. S.): Kapital und Arbeit sind Gegensätze wie Feuer und Wasser. Das ganze kapitalistische System hat versagt. Der freie Handel hat sich nicht bewährt.

Dienstag 1 Uhr: Fortsetzung, vorher kleine Anfragen und Anträge.

Handel und Verkehr.

Börsenstimmungen.

Die stramme Aufwärtsbewegung an der Berliner Börse, die unmittelbar nach Wiederherstellung des Friedenszustandes eingetreten war, hat weiter angehalten. Die Zuspitzung der innerpolitischen Lage, namentlich das Wiederaufflackern des Streikfiebers in Berlin und an anderen Orten, läßt diese Bewegung, für den Außenstehenden wenigstens, als unverständlich erscheinen. Trotzdem ist sie nicht ganz ohne Berechtigung. Zunächst haben England und nachdem Amerika durch ihre erheblichen Bestellungen auf unser Kali gezeigt, daß man mit Deutschland wieder Geschäfte machen will. Darüber hinaus muß beachtet werden, daß namentlich englische Zeitungen fortgesetzt Warnrufe ausstoßen, die besagen, daß Deutschland gegenwärtig Fertigfabrikate der Eisenindustrie und andere Artikel billiger liefert, als es für das englische Gewerbe möglich ist. Ein weiterer wesentlicher Grund für die Kurssteigerungen an der Börse dürfte in den kleinen Meinungskäufen des Auslandes liegen, namentlich der Neutralen, die die Aktien unserer führenden Unternehmungen infolge des schlechten Standes unserer Währung im Auslande im Augenblick zu einem Preise kaufen, der zwischen 60 und 70 Prozent liegt. Bei solchen Kursen ist ein Risiko nahezu ausgeschlossen. Auch unsere Mark konnte sich von ihrem tiefen Stand, in den sie nach der vorübergehenden Friedenshausse zurückgesunken war, zunächst wieder leicht erholen. Allerdings hat der Berliner Streik diese leichte Besserung wieder illusorisch gemacht.

Eine erhebliche Stärkung des Vertrauens zu dem geldlichen Wiederaufbau Deutschlands erhielt unsere deutsche Bankwelt auch durch die Verhandlungen, die von den Reichsbehörden in den letzten Tagen zur Errichtung des Stützungs[illegible] ... Man sa[illegible], daß, wenn die Regierung trotz dieses Friedens als ihre erste Aufgabe die Stützung des Kriegsanleihekurses betrachtet, so liegt kein Grund vor, Zweifel daran zu setzen, daß wir schließlich doch noch um die Klippe des offenen Staatsbankerottes herumkommen. Die Spekulation erwärmte sich in erster Linie wiederum für die Aktien des Anilinkonzerns und für Montanpapiere. Auslandskäufe in diesen Werten sollen die weitere starke Steigerung hervorgerufen haben. Bei den Montanwerten erzielten die Aktien des Phönix die größte Kurssteigerung. Gerade in diesem Papier sollen große Baisseverpflichtungen bestanden haben, ferner wirkten immer noch die Auslassungen in der letzten Hauptversammlung, wo festgestellt war, daß der Phönix die Revolutionsperiode verhältnismäßig gut überstanden habe, nach. Vernachlässigt blieben nur oberschlesische Montanpapiere. Die Unsicherheit der Lage im Osten bewirkte die Zurückhaltung gegenüber diesen Papieren. Elektrowerte erzielten durchweg ansehnliche Kurssteigerungen. Der Schiffahrtsaktienmarkt zeigte hingegen keine Belebung, bei geringfügigem Geschäft waren die Aktien der führenden Gesellschaften gut widerstandsfähig. Die Aktien des Kalibergbaus erzielten namhafte Kursaufbesserungen auf die Kalilieferungsabschlüsse mit England und Amerika hin. Die ungünstigen Erträgnisse der Kaliindustrie in der Gegenwart vermochten hieran nichts zu ändern. Internationale Werte, wie die Aktien der italienischen Eisenbahnen, der amerikanischen Eisenbahnen, türkische Papiere und Schweizer Werte gaben zunächst unter dem Eindruck der Besserung der Mark empfindlich nach, konnten sich aber infolge der wiedereinsetzenden rückläufigen Bewegung des Markpreises im Auslande etwas erholen. Kolonialwerte kamen, begünstigt durch den guten Abschluß der Pomonagesellschaft, in eine allgemeine Aufwärtsbewegung. Auch für die Aktien der deutschen Banken wurde überwiegend bezahlt. Am Markte der Rüstungswerte traten bei den Aktien der Hirsch-Kupferwerke, der Daimler-Motorengesellschaft, der Rheinischen Metallwarenfabrik, der Orenstein und Koppel-Ges., der Deutschen Waffenfabriken und des Gußstahlwerkes Gebr. Böhler nennenswerte Kursaufbesserungen ein. Die Umstellung dieser Betriebe für die Friedensarbeit scheint teils vollendet, teils im Zuge zu sein, und bei den starken Rücklagen, über die gerade diese Unternehmungen verfügen, glaubt man ihnen keine schlechte Zukunft prophezeien zu können. Am Kaliindustrie-Aktienmarkte kam es auf der ganzen Linie zu Kurserhöhungen, da der an sich geringen Nachfrage kein entsprechendes Angebot gegenüberstand. Das gleiche gilt von den im Freiverkehr umgesetzten Werten.

Am Rentenmarkt erzielten heimische Anleihen, namentlich die Kriegsanleihen, die Kriegsschatzanweisungen und die alten Anleihen des Reiches, ungewöhnliche Kurssteigerungen. Die Errichtung des Stützungskonsortiums, sowie das Anlagebedürfnis zum Quartalswechsel, verbunden mit Deckungen der Spekulation, dürften zu der starken Kurssteigerung beigetragen haben. Die Kriegsanleihe gewann in den letzten drei Tagen rund 3½ Prozent und erreichte einen Kursstand von 79¼ Prozent, fast den amtlichen Aufnahmekurs der Reichsbank, der bekanntlich 80 Prozent beträgt. Oesterreichische und ungarische Werte blieben geschäftslos, [illegible] Anleihen erzielten kleine Preiserhöhungen.

Vom Kalisyndikat.

Wie der Vorstand in der gestern abgehaltenen Gesellschafter-Versammlung berichtete, hat der Kaliabsatz in den ersten fünf Monaten nur 3 120 000 Dz. Reinkali betragen (gegen 5 097 000 Dz. im gleichen Zeitraum des Vorjahres). Der Minderabsatz beläuft sich also auf rund 2 Millionen Doppelzentner Reinkali. Er ist auf die Lieferungsschwierigkeiten im ersten Vierteljahr, auf den Wagenmangel und die ungenügende Kohlenversorgung zurückzuführen. Auf die Darlegungen des Vorstandes über die Maßnahmen der elsässischen Konkurrenz und über die Erschwerung des Kaliexports durch die Ausfuhrverbote und deren Handhabung seitens des Reichswirtschaftsministeriums nahm die Gesellschafter-Versammlung einstimmig folgenden Beschluß an:

Die Kaliindustrie ist außerstande, ihre Aufgabe, durch Belieferung des Auslandes größere Summen für die Einführung von Lebensmitteln zu beschaffen und zur Hebung der deutschen Valuta beizutragen, zu erfüllen, wenn die Reichsregierung nicht für bessere Gestellung von Kohlen und für die Aufhebung aller Ausfuhrbeschränkungen Sorge trägt. Die Kaliindustrie merke in außerordentlichem Maße die bereits zutage getretene elsässische Konkurrenz, welche in der Ausfuhr durch die französische Regierung in keiner Weise beschränkt wird.

Von allen Seiten wurde Klage erhoben über die aufs höchste gestiegene Not der deutschen Kaliindustrie, die in den letzten Monaten infolge der völlig ungenügenden Preise gewaltige Verluste erlitten habe.

* **Die Berliner Börse zeigte**, abgesehen von einigen Gewinnrealisierungen, die einen verhältnismäßig nur geringfügigen Kursrückgang zur Folge hatten, auch gestern wieder eine recht feste Stimmung für vielfach namhafte Kurserhöhungen. Ganz besonders lebhaftes Geschäft entwickelte sich in Schiffahrtsaktien, die durchweg sehr ansehnlich stiegen. Man sprach von großen Hamburger Käufen. Hansa stellte sich vorübergehend um 12 Prozent höher. Hamburg-Südamerikanische gewann 6 Prozent. Von Hütten- und Bergwerksaktien waren oberschlesische Werte bevorzugt. Bismarckhütte, Oberschlesische Eisenindustrie und Laurahütte gewannen etwa 5 bis 6 Prozent, Kattowitzer über 9 Prozent. Farbwerte hatten keine gleichmäßige Kursbewegung. Höher stellten sich Elberfelder Farben und Akt.-Ges. für Anilinfabrikation. Elektrizitätswerte waren nur zum Teil etwas gebessert. Nach vorübergehender Abschwächung machte sich die günstige Stimmung wieder in stärkerem Maße geltend. Kolonialwerte neigten aber eher zur Schwäche. Der Anlagemarkt war gut gehalten. Kriegsanleihen schwankten zwischen 80 und 79¾. Oesterreichische und ungarische Anleihen erfreuten sich gleichfalls größerer Festigkeit. Die Börse schloß meist zu höchstem Tageskurse. Auch von den zu Einheitskursen gehandelten Industriewerten wiesen viele wieder namhafte Besserungen auf. — Devisen: Holland, Dänemark, Schweden und Norwegen unverändert; Oesterreich 45,95 G., 46,05 B.; Ungarn, Bulgarien und Konstantinopel unverändert; Finnland 103¾ G., 104¼ B.

* **Einlösung der Zinsscheine der preußischen Staatsschuld und der Reichsschuld sowie Erneuerung der Zinsscheinbogen.** Die Zinsscheine der preußischen Staatsschuld und der Reichsschuld werden bereits vom 21. des dem Fälligkeitstermin vorangehenden Monats ab bei den Zinsscheineinlösungsstellen eingelöst und bei allen hauptamtlich verwalteten staatlichen Kassen, mit Ausnahme der Kassen der Staatseisenbahnverwaltung, sowie bei Entrichtung der durch die Gemeinden zur Hebung gelangenden direkten Staatssteuern in Zahlung genommen. Die Zinsscheine der Reichskriegsanleihen werden ferner in kleineren Mengen (in der Regel nur bis zu drei Stück von zusammen höchstens 150 M.) an den Schaltern der Reichspostanstalten in Zahlung genommen oder gegen bar umgetauscht. In Orten ohne Reichsbankanstalt tauschen die Postamtshauptkassen (bei Postämtern 3. Klasse die Vorsteher) diese Zinsscheine auch in größeren Mengen und in jeder Höhe vom 21. des letzten bis zum 10. des ersten Vierteljahrsmonats gegen bar um. Durch Vermittelung der Zinsscheineinlösungsstellen können auch neue Zinsscheinbogen kostenlos bezogen werden.

* **Deutsche Valuta im Ausland am 3. Juli:** Wien 217,80 (2. Juli 214,80) G., 218,30 (215,30) B. Zürich 39,25 (2. Juli 40,25). Kopenhagen 32,00 (2. Juli 32,00). Stockholm 29,25 (2. Juli 29,75). Amsterdam 18,15 (2. Juli 18,35).

* **Betriebseinstellung und Auflösung.** Als die Revolution in eine Lohnbewegung überging, machte der Generaldirektor der Maschinenfabrik A. Ventzki, Akt.-Ges., in Graudenz, seinen Arbeitern das Angebot, die Fabrik in genossenschaftlichen Betrieb zu übernehmen, da die Ansprüche der Arbeiter und Beamten die Lebensfähigkeit dieser finanziell und technisch außerordentlich gut fundierten Gesellschaft in Frage stellten. Das Angebot sah vor, daß das ganze Werk in etwa 12 bis 15 Jahren in das Eigentum der Genossenschaft übergegangen wäre. Trotz der überaus niedrigen Verzinsung von 3 Proz. des den Genossen übergebenden Kapitals lehnten die Arbeiter die Uebernahme einer [illegible] Fabrikation ab, obwohl sie nichts zu verlieren hatten, die Aktiengesellschaft aber alles. Sogar die bisherigen Löhne sollten beibehalten werden, d. h., wie sie bis kurz vor der Revolution gezahlt wurden und die etwa doppelt so hoch wie die Friedenslöhne waren. Trotzdem erfolgte die Ablehnung. Jetzt, etwa ein halbes Jahr nach diesem Vorschlage, sieht sich der Aufsichtsrat der Maschinenfabrik veranlaßt, einer außerordentlichen Generalversammlung die Auflösung der Gesellschaft zu unterbreiten mit der Begründung, daß der Betrieb schon jetzt in einzelnen Teilen unwirtschaftlich arbeitet. Seit dem 11. Mai wird zudem wieder auf dem Werk gestreikt.

* **Berliner Produktenbericht.** Im Produktenverkehr zeigte sich gestern für die seit Beginn des Juli freigegebenen Futterstoffe noch kein Interesse seitens des Verbraucherkreises. In Lupinen kam großes Angebot aus Schlesien an den Markt, ohne daß irgendwie die Kauflust sich für den Artikel gehoben hätte. Auch Serradella war überwiegend offeriert. Es wurde bekannt, daß in der Provinz zu nachgebenden Preisen verkauft wird. Nur seitens Süddeutschlands besteht dafür andauernd Nachfrage, was den Preisstand einigermaßen aufrecht erhält. Stroh blieb ungefähr im Preise behauptet. Der Absatz ist im Inlande leichter als hier.

* **Erhöhung der Zuckerpreise.** Der Volkswirtschaftsausschuß der Nationalversammlung behandelte den Entwurf einer Verordnung über den Verkehr mit Zucker, die eine Preiserhöhung um 2,50 M. auf 44,80 M. für den Zentner gemahlenen Melis ab Magdeburg einschl. Verbrauchssteuer vorsieht. Die Erhöhung, die mit Rücksicht auf die bedeutend gestiegenen Erzeugungskosten der Raffinerien notwendig geworden ist, soll am 1. Juli in Kraft treten.

* **Handelsnachrichtendienst aus dem Auslande.** Seit sechs Wochen wird im Auswärtigen Amt ein Handelsnachrichtendienst aus dem Auslande zusammengestellt, der den Interessenten auf besonders beschleunigtem Wege durch einen Eildienst zugänglich gemacht werden soll. Die Handelskammern sind in der Lage, den berufenen Stellen darüber eingehendere Mitteilungen zu machen.

* **Die deutschen Sparkassen im Mai.** Erst am 29. Juni wurde gemeldet, daß der Zufluß in die Sparkassen im Monat April etwa 700 Mill. Mark betragen habe. Nunmehr wird durch die Fachzeitschrift „Die Sparkasse" bekannt, daß sich im Mai die Zunahme (ohne die Abschreibungen auf Kriegsanleihe) auf nicht mehr als 100 Mill. Mark stellen werde gegen die bereits erwähnten 700 Mill. Mark im April und gegen 450 Mill. Mark im Mai 1918.

* **Zinkblechhändler-Vereinigung.** Ab 1. Juli ist der Verkaufsgrundpreis für Zinkbleche auf 266 M. für 100 Klgr., frei Empfangsstation in der Provinz Sachsen, Braunschweig und Anhalt festgesetzt worden.

Sport-Nachrichten.

Vereinsmitteilungen.

Sportfreunde. Sonntag, den 6. Juli, vorm. ½10 Uhr: Jugendspieler auf Sportfreunde-Platz.

Viktoria 08. Sonnabend, den 5. Juli, abends 8 Uhr: Generalversammlung.

Favorit. Heute Monatsversammlung, 8 Uhr in „Stadt Leipzig".

Sportverein 98. Sonnabend, den 5. Juli, abends 8 Uhr in „Mars-la-Tour": Jahresversammlung. (Wichtige Tagesordnung.)

Turn-, Sport- und Spielfest
(Olympiapark.)

Sonntag, den 6. d. M., öffnet der Olympiapark zum letzten Male seine Pforten, um dann als Sportstätte für immer zu verschwinden. Der Hallesche Ausschuß für Leibesübungen ist es, der seine erste Veranstaltung seit seinem Bestehen in dem Olympiapark abhält, gleichzeitig als letztes Ereignis im Sportleben des Olympiaparkes.

Nach der uns vorliegenden Wettkampffolge muß die Veranstaltung zu einem sportlichen Ereignis werden, denn es wird turnerisch und sportlich in jeder Beziehung erstklassiger Sport geboten. Die Nennungen der bekanntesten heimischen Sportsleute lassen harte Kämpfe um die Siegespreise, die von wohlwollenden Bürgern der Stadt zum Teil gestiftet worden sind, erwarten. Wer daher in der altbeliebten Umgebung des Olympiaparkes sich am Sporte nochmals erfreuen will, der versäume nicht, diese Sportveranstaltung am Sonntag zu besuchen und sich rechtzeitig einen Platz zu sichern. Denn der Andrang wird gewiß ein sehr starker sein. Am Schluß findet der Fußball-Städte-Wettkampf Halle—Leipzig mit besonders ausgesuchten kombinierten Mannschaften statt.

Hervorgehoben verdient noch zu werden, daß dies Sportfest des Ausschusses eine sportlich durchaus ernste Veranstaltung ist, die uns Turn- und Sportkämpfe in seiner und gut durchgearbeiteter Technik vor Augen führen wird. Der Hallische Ausschuß für Leibesübungen ist an den Reichsausschuß für Leibesübungen angeschlossen, der die meisten Körperkultur treibenden Vereine in einer großen Organisation zusammenfaßt. Nachdem der Krieg Gut und Kraft des deutschen Volkes zermürbt hat, muß unsere zukünftige Größe und unser späterer Wohlstand von einem gesunden und kräftigen Volk wieder aufgebaut werden. Der Staat ist in seiner Entwicklung von der steigenden körperlichen Gesundheit und Rüstigkeit ebenso abhängig wie von der vorhandenen Volksbildung. Darum ruft der Ausschuß für Leibesübungen dem deutschen Volk eindringlich zu: Auf zum Turn- und Sportplatz! Leibesübung ist Bürgertugend!

Um so unbegreiflicher ist uns bei der Gemeinnützigkeit der morgigen Veranstaltung und dem Interesse, das weiteste Kreise unserer Stadt ohne jeden Parteiunterschied an dem sportlichen Aufschwung unseres Volkes nehmen, das

Vorgehen unserer Polizei.

Um für den deutschen Sport mehr und mehr Anhänger zu gewinnen, wollte der Ausschuß Werbeblätter auf der Straße verteilen lassen. Ein diesbezügliches Gesuch ging rechtzeitig an die Polizei, ohne jedoch Beantwortung zu finden. **Die Zettelverteiler wurden jedoch von der Polizei festgenommen, die Verteilung der Blätter auf der Straße verboten!**

Die Polizei begründet ihr Vorgehen mit einer Verordnung (angeblich vom Jahre 1851!), auf Grund deren das Verteilen von Zetteln auf Straßen untersagt ist, um die Straßen nicht zu verunreinigen. (Gefährdung der öffentlichen Ordnung.)

Der Hallische Ausschuß für Leibesübungen hat sich daraufhin sofort telegraphisch an Minister Haenisch und an das Ministerium des Innern gewandt und gebeten, die Polizei und den Magistrat Halles anzuweisen, daß die Ausgabe der Werbezettel für das Sportfest statthaft sei. Leider ist eine Antwort bisher nicht erfolgt.

Es ist Pflicht der Gemeinden, die Förderung der körperlichen Erziehung und Ausbildung aller Altersklassen jederzeit mit zu unterstützen. Diese Unterstützung scheint unsere Polizei etwas eigentümlich aufzufassen. Das strenge Festhalten an dem Buchstaben des Gesetzes war besonders in diesem Falle nicht gerade am Platze. Trotzdem wird hoffentlich der Besuch des Feests durch das Eingreifen unserer Polizei nicht leiden. Dazu ist das heutige Sportsinteresse viel zu groß.

Der Sport des Sonntags.

Nach Beendigung der Hamburger Derbyrennen folgt auf der Grunewaldbahn ein ganz dem Hindernissport gewidmeter Tag, in dessen Mittelpunkt der Große Prüfungspreis steht. In Dortmund bildet das Metternich-Rennen von 26 000 M. die Hauptnummer. In München-Daglfing finden Trabrennen statt. — Im Radsport herrscht reges Leben. Im Sportpark Treptow bestreiten den Großen Preis der Industrie über 30 und 50 Kilometer Bauer, Pawke, Nettelbeck und Thomas. Die Radrennen in Breslau bringen in der Hauptsache Fliegerrennen. Die Dauerrennen vereinen Lewanow, Stellbrink und Rosellen. — In Leipzig treffen sich in den Dauerrennen Saldow, Kuschkow, Krupkat, Ebert und Appelhans und in Münster Wittig, Wißmann und Hoffmann.

Der Fußballsport ruht bis auf wenige Veranstaltungen. In Erfurt veranstaltet der dortige Sportklub leichtathletische Wettkämpfe.

Der Schwimmsport wartet mit dem Jubiläums-Schwimmfest des S. V. Neptun-Spindlersfeld auf, das dieser in Cöpenick aus Anlaß seines 30jährigen Bestehens veranstaltet. Im Hauptwettbewerb „Quer durch Cöpenick" über 3000 Meter liegt das Ende zwischen Warmuth (Hellas-Spandau) und Breitung (Magdeburg 96), und in der Berliner Brustkalerie sollte Weißensee gegen Spandau siegreich bleiben. Im Reiche kommt in Magdeburg das Schwimmen „Quer durch Magdeburg" zur Entscheidung, zu dem auch verschiedene Meldungen aus dem Reiche vorliegen.

Der Rudersport bringt im Reiche zwei größere Regatten. In Frankfurt-Main liegen neben den einheimischen Meldungen zahlreiche auswärtige Nennungen vor. Bei der Stettiner Regatta bleiben die dortigen Vereine unter sich.

Pferdesport.
Das erste Derby in Berlin.

Zum einundfünfzigsten Male wird am heutigen Sonnabend das Deutsche Derby, die wichtigste Zuchtprüfung des deutschen Rennsports, gelaufen und zum erstenmal in der Reichshauptstadt. Das große Rennen liegt in diesem Jahre nur zwischen den Vertretern der drei großen Ställe Haniel, Graditz und Weinberg, während alles andere nur zu Statistenrollen berufen ist. Haniel bietet Eckstein und Tulipan auf, während Graditz sich auf Glockenturm und Abschluß stützt, und die Herren von Weinberg die Vertretung ihrer Farben Rosenritter überlassen.

Nach Gesamtform dürfte wohl der Stall Haniel die Oberhand behalten. Das Derby wird durch einen Massenbesuch der Berliner sicherlich ausgezeichnet werden.

Fußballsport.
Aus dem mitteldeutschen Verband.

Am 12. und 13. Juli findet in Leipzig eine Vorbesprechung über die vom Satzungsausschuß entworfenen Satzungsänderungen statt, an dem der Verbandsvorstand und Vertreter sämtlicher sechs Kreise teilnehmen. Die Aenderungen betreffen vor allem Befugnisse der Kreisvorstände.

Der außerordentliche Verbandstag in Leipzig am 19. und 20. Juli hat den endgültigen Beschluß über die Neuordnung des V. M. B. V. zu fassen.

Am 26. und 27. Juli ist dann ein außerordentlicher Kreistag des Saalkreises in Halle in Aussicht genommen. Auf der Tagesordnung stehen der endgültige Beschluß über die Befugnisse des Kreises und ferner die Ergänzung der Liga durch weitere Vereine.

*

Wie wir hören, soll „Sportv. 05 Naumburg" auf Grund seines Spiels gegen „Halle 96", den Mitteldeutschen Meister, das vor einigen Wochen stattfand und beim Ablauf der regulären Spielzeit noch 1:1 stand, aufs neue um Aufnahme in die Liga ersucht haben. Da diese Mannschaft vergangenen Sonntag auch Favorit Halle mit 4:1 schlagen konnte, dürfte sie ihre Ligareife erwiesen haben.

* Cricket-Viktoria-Magdeburg hat für die neue Spielzeit bereits nachstehende Spiele abgeschlossen: 17. August in Leipzig gegen den Gaumeister von Nordwestsachsen Spielvereinigung Leipzig, am 31. August in Magdeburg gegen Wacker-Halle, am 7. September in Halle gegen den Mitteldeutschen Meister Halle 96, am 28. September gegen Preußen 99 in Magdeburg, und am 3. August das Rückspiel gegen Tennis-Borussia in Berlin.

Tennis.
Tenniswettkämpfe Akad. Sport-Club Halle gegen Halle 96.

Am Sonntag, den 6. Juli, haben die A. S. C. er auf den Universitätsplätzen (Peißnitz) die 96er zu Gast. Es ist seit Jahren das erste Mal wieder, daß sich im Tenniswettkampf zwei hiesige Vereine gegenüberstehen. Von beiden Abteilungen ist bekannt, daß sie über starke Spielkräfte verfügen. Ausgetragen werden 10 Herren-Einzelspiele, 6 Damen-Einzelspiele, 4 Herren-Doppelspiele und vier gemischte Doppelspiele. Bei der Reichhaltigkeit des Programms und den aufgestellten Mannschaften sind gute Kämpfe zu erwarten.

Für A. S. C. spielen die Damen: Eysoldt, v. Roeder, Wehmitz, Hülsener, Hartenstein, Dr. Knatz und die Herren: Läsker I, Läsker II, Klipsch, Siemens, Andris, Mentzen, Dreyer, Kobby, Koch, Hesse.

Halle 96 stellte die Damen: Hesse, Leppin, Schultz, Hinze, Marx, Dr. König und die Herren: Frank, Sulima, Schoke, Lüttich, Jacobi, Speyer, W. Burghardt, Molsberger, Großmann, Dr. Buttermilch.

Anfang der Spiele pünktlich 8 Uhr vormittags.

Hockey.

Der Hall. Fußballklub von 1896 E. V. sendet am Sonntag, den 6. Juli, seine „erste" sowie „gemischte Damen- und Herren"-Hockeymannschaften nach Weißenfels, um gegen die gleichen Mannschaften des dortigen F. C. „Preußen" zwei Gesellschaftsspiele auszutragen. Das Spiel der gemischten Mannschaft ist ein Rückspiel; das erste Treffen konnte Halle 96 knapp mit 2:1 gewinnen.

Radsport.

* **Wiedereröffnung von Radrennbahnen.** Am 13. Juli eröffnen zwei Bahnen wieder ihre Pforten. Die Dresdener Radrennbahn sieht für diesen Tag Flieger- und Steher-Rennen vor. — Auch die Weißenfelser Rennbahn hält am gleichen Tage ihre ersten Radrennen ab.

---

konnte gerade von diesen Werken aus naheliegenden Gründen für die gestrige Vortragsfolge nichts in Betracht kommen. Dafür boten die Herren einige für Quartett gesetzte Lieder, worunter sich auch Beethovens „Hymne an die Nacht" (Thema aus der Sonate appassionata) befand, und als einzige Originalkomposition ein dreisätziges Quartett B-Dur von Homilius, welches frisch empfundene Musik enthält und die Klangmöglichkeiten des Waldhorns ausgezeichnet ausnutzt. Die Herren Emil Höfer, Ewald Schlag, Hermann Renling Johannes Börst — sämtlich aus der Schule Arno Rudolphs am Leipziger Konservatorium hervorgegangen — fanden dabei reichlich Gelegenheit, in fein abgewogenem Zusammenspiel weitgeförderte Technik, abgerundet schönen Ton und ausgefeilten Vortrag zu zeigen. Und so konnte es nicht ausbleiben, daß ihre Gaben einmütigen Beifall hervorriefen. — Zur Mitwirkung waren gewonnen der Pianist Michel und der Geiger Watzke, beides angehende Künstler, die in jeder Hinsicht noch weit von jener Konzertreife entfernt sind, die man hier in Halle für ein öffentliches Auftreten wohl erwarten kann. Vielleicht dachten die jungen Herren: Einmal muß ja der Anfang gemacht werden. Dann mögen sie ihr Programm aber auch auf ihr augenblickliches Können einstellen. Paul Klanert.

* **Stadttheater.** Spielplan der kommenden Woche: Montag „Alt-Heidelberg", Dienstag „Siegfried", Mittwoch „Martha", Donnerstag Kammermusikabend des Rosé-Quartetts (Arnold Rosé, Paul Fischer, Anton Ruzitska, Friedrich Buxbaum). Zur Aufführung gelangen: Haydn: Op. 54 Nr. 2, Beethoven: Cis-Moll Op. 131, Mozart: D-Moll (Köchel 421). — Freitag „Der Zigeunerbaron", Sonnabend „Wilhelm Tell".

* **Die hallische Studentenschaft** bereitet einen akademischen Kunstabend vor, der Mitte Juli stattfinden wird. Er soll einen Bildausschnitt des geistig schöpferischen Lebens geben, das unsere akademische Jugend beseelt. Es werden Dichtungen hiesiger Studenten im Vortrag mit musikalischen Vorführungen wechseln. Da die Zusagen zur Beteiligung aus den Kreisen der akademischen Jugend bisher recht rege sind, so werden solche Abende vielleicht in jedem Semester wiederholt werden können und dann manchem jungen Talent erster Weg in die Oeffentlichkeit weisen. Für Halle, das am akademischen Leben stets mit Interesse teilnimmt, wird sich hiermit ein neues Band zur Universität knüpfen, weil die Bewohnerschaft durch ihre Teilnahme beweisen kann, daß sie selbständiges Pfadsuchen, auch wo es noch etwas dilettantenhaft ist, mit Verständnis begrüßt und fördert. Der Reinertrag des Abends ist für den Ausbau der Hallischen Univ.-Ztg. bestimmt.

Lesen Sie die Hallische Morgen-Zeitung?

Wenn nicht, so überzeugen Sie sich von ihrem wertvollen Inhalt und bestellen Sie sofort zum monatlichen Bezugspreis von 40 Pf. frei ins Haus

Haben Sie schon einen Neuen Taschenfahrplan mit Fahrpreisanzeiger?

Er ist für 30 Pfg. im Bahnhofsbuchhandel, bei den Zeitungshändlern und in unseren Geschäftsstellen erhältlich

Hallische Nachrichten.

Oeffentliche Wetter-Ansage für den 6. Juli.
Ziemlich heiter, warm, Gewitterneigung.

Wasserstands-Nachrichten vom 5. Juli.

Saale		Elbe	
Weißenfels	—	Aussig	—
Trotha	—	Barby	+2,08
Bernburg	+0,43	Magdeburg	+1,50
Kalbe	+0,02	Wittenberg	—

Chefredakteur Konrad Pohl. Verantwortlich: für den politischen Teil i. V.: Ernst Eltester; für Kunst u. Wissenschaft u. Unterhaltungsblatt Ernst Eltester; für die Stadtzeitung, Gerichtssaal und Umgebung Walter Britting; für den Handelsteil Albert Herling; für Sport und Kleine Chronik Arthur Peitsch; für die Anzeigen Walter Pfenniadorf. Sämtlich in Halle. — Berliner Redaktion: Dr. Richard Bahr, Berlin NW. 40, Fürst-Bismarck-Straße 2. Druck und Verlag Hallische Nachrichten, Gebr. Huck.

Zahnpraxis Zimmermann,
Halle, jetzt Riebeckplatz (Eingang Landwehrstrasse), befaßt sich mit Plomben und künstl. Zahnersatz aller Art, auch Goldtechnik in bester Friedensqualität, sowie Zahnziehen mit Lokalbetäubung. Vorherige Anmeldung ist nicht erforderlich, aber empfehlenswert. Tel. 4836. Afd 111

Die vorliegende Nr. der Hallischen Nachrichten (General-Anz.) umfaßt 16 Seiten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-847529-19190705016/fragment/page=0003
DFG

BENZ GAGGENAU

LASTKRAFTWAGEN
FÜR JEDE VERWENDUNGSART.

BENZWERKE GAGGENAU
GAGGENAU-BADEN.

Verkaufsstelle für Sachsen: Benzwerke Gaggenau, Verkaufsbüro Leipzig-Gohlis, Möckernschestr. 29.

Papier-Fahrrad-Bereifung

Patentamtlich geschützt (ffd 149

in mehrjähr. Praxis tausendfach bewährt. – Leichter gerauschloser Gang, wie Vollgummi. – Keine Reparaturen. – Geringe Abnutzung. – Bei jeder Witterung gebrauchsfähig. – Keine rostenden Eisen- oder faulenden Holzteile. – Kein Anbohren der Felgen! – Auf jedes Rad passend!

Deutsche Papier-Radbereifung

Regen u. Nässe ohne jeden Einfluss.

Curt Pitzschke, Halle S.,
Liebenauerstr. 1, am Rannischen Platz.

Gummiwaren

wie Tauner, Bettbock, Klysis, Bedarf, Irrigatoren, Irrigatorschlauch, Frauenduschen, Spülbirnen, Damenbinden und -gürtel, Umstandsbinden, Wochenbettbinden etc., Verbandwatten, Hand-, Wund- und Schönheitsbinden, Verbandstoffe u. Artikel zur Krankenpflege und für Wöchnerinnen.

Spezialität: **Kraft-Nährsalz-Präparate – Dublez-Menstruations-Pulver – usw.,**

über 3000 freiwillige Dankschreiben. – empfiehlt a09548

M. Heintz, Reform- u. Sanitätshaus
Magdeburg-57, Berliner Straße nur Nr. 16/17.

Verlangen Sie jetzt sofort per Postkarte meine große ausführl. Broschüre porto- und spesenfrei. – Frauen- und Herrenbedienung. – Kein Laden.

Nutzeisen,
wie Träger, Röhren, Bleche

geben billig ab (h4657

Rudolf Eckhardt & Co., Merseburgerstr. 45e.

! Zigarren ! Zigarren !

Gr. Ulrichstrasse 35
(Ecke Alte Promenade).

Neu eröffnet!

Inhaber: Karl Fehling.

Ratt.- u. Mäusetyphus tiers frisch. 1 Ml. 1.80, 3 Ml. 5 Mk. auch vorzüglich für Wühlmäuse. **A. Weyerstall,** Biesdorf, Nrd. (h4439

Schreibmaschinen-Tische wieder eingetr., off. prsw. Richard Reichel, Tel. 3222, Stenomaschinen. Spezialgeschäft, Alte Promenade 32.

Prima Tapeten-Kleister für Maler, ohne Bezugschein, ergibt u. ergiebt hat abzugeben Waldalla-Drogerie, Magdeburgerstr. 76

Für den Wiederverkauf

empfehle ich:

Hemdentuche in verschiedenen Preislagen,
Roh-Nessel,
Hemdenbarchente,
Schürzenstoffe,
sowie **reinwollene Kleiderstoffe.**

R. A. Otto Herrmann,
Magdeburgerstr. 9.

h1625

Erdkabel

für **3000 Volt**, 3×4 qmm, Aluminiumleiter, 2970 m in einem Stück **verkauft** ab Lager

Maschinenfabrik Vondran,
Königstr. 58.
Besichtigung von 7–8 Uhr.

Ein
billiges Korsett
nach Maß
fertigen wir aus jedem zugegebenen Stoff od. Wäschestück in verschiedenen Preislagen.
Garantiert bester Sitz

Werkstätten moderner Maßkorsetts
Toska Gunkel
nur 16 Markt 16
– neben der Hirsch-Apotheke. –

Filialen: Breslau, Danzig, Dresden, Hamburg, Hannover, Königsberg, Magdeburg, Posen, Stettin.

Parkett

Eiche und Buche in jeder Ausführung liefern verlegt und unverlegt

Otto Hetzer A.-G.
Weimar 11. lfb19

Vertreten durch: **Gust. Könemann, Halle (Saale) 2, Bahnhof 1** – Fernruf 3631 u. 5846.

Ein-Rexen ohne Zucker

Rex-Gläser u. Apparate die besten

Vor Nachahmungen wird gewarnt.

Flechten-Wunden offene Füsse, Krampfadern, leiden heilt sogar in verzweifelten Fällen m. oft überraschendem Erfolg die hautbildende schmerz- und juckreizstillende **„Vater Philipp-Salbe."** Preis 2.– u. 3,75 M.: überall zu haben. Man hüte sich vor Nachahmungen und bestelle, wo nicht erhältlich, direkt bei **Tulpen-Laboratorium, Schlickenhan-Hannover 125.** ma180

Barbara-Blutreinigungstee! allbewährt. Paf. 1,50 u. 3,00. Engel-Apoth. Kleinschmied. Nr. 8. Post-Verf. fl

---

Tabak-

ähnliche neue Mischung **„Michel"**, das beste für die Pfeife, ohne Buchenlaub, dunkle Ware, nach besonderem seit Jahren erprobtem Verfahren von alter Tabakfabrik hergestellt. Vollkommen mild und angenehm. hs542

Preis per 100 Pck. a 100 g M. 75.– Per Ztr. =500 Pck. M. 375.–, lose Ware in Säcken M. 10.– per Ztr. billiger. Bei Abnahme von 5 Ztr. 3%, 20 Ztr. 5%, 50 Ztr. 10% Rabatt. Probepostpaket 45 Päckchen oder lose Ware in Säcken a 40 Pfd. unter Nachnahme. hs542

G. Lietzmann.
Tabak- und Zigarrenfabriken. Oschersleben (Bode)

Elektr. Beleuchtungskörper

Elektrische Kochtöpfe
Bügeleisen
Wärmeplatten
Haartrockner

Glühlampen und Sicherungen
Waschmaschinen — Buttermaschinen

Elektromotoren

in grosser Auswahl und preiswert.

Ingenieur Störzner & Kittler
Elektrische Licht- und Kraftanlagen
Telephon 5165. Halle a. S., Rathausstr. 13a

Martin-Kassen

mit und ohne Additionswerk
Vertreter: (ffb98
Fischer & Pretsch,
Friedrichstr. 70. Fernspr. 5068.

Drehstrommotore

zum Teil in Kupferwicklung f. 220/380 Volt 1450 Touren
2 a 20,4 PS., 3 a 12,2 PS., 4 a 7,5 PS., 5 a 5,44 PS.
1 a 4 PS. sowie ein größerer Posten kleinere Motoren.
3 Gleichstrommotore 6 PS. 220 Volt 1500 Touren
sofort lieferbar.

Maschinenfabrik Vondran,
Königstr. 58.
Besichtigung von 7–8 Uhr.

Kurt Litzenberg, Metallwaren-Fabrik.
Verkaufsstelle: Grosse Steinstrasse 11.
Vertheilhaftste Bezugsquelle aller Artikel für Gas u. Elektrisch Neuanlagen :: Reparaturen sachgemäss und billig. Telephon 926. 1175

Hohlsaum-Knopflöcher

in Blusen und Kleider, sowie alle Sorten Stoffknöpfe empfiehlt (f 182

Bruno Lundenberg, Leipzigerstr. 18.

Die grauen Haare

sind total verschwunden und mein Haar hat solch schönen Glanz wie nie zuvor. So urteilt eine Künstlerin von Ruf über den Erfolg mit **Dr. Liberiadis Haarbalsam!** gibt grauen Haaren in kürzester Zeit und ohne, daß es die Umgebung merkt, die ursprüngliche Farbe wieder. Kein Haarausfall, kein Brechen des Haares. Kein Del, keine Pomade, ein reines Naturprodukt, das sich tausendfach bewährt hat, mit welchem die glänzendsten Resultate erzielt wurden.

Jeder Versuch eine Anerkennung.

Einfache Anwendung. Nicht klebrig. Keine Schmutzstellen in der Wäsche, daher von jedermann leicht und ohne Gefahr anzuwenden. Preis pro Original-Flasche Mark 6,50. Zu haben in den Apotheken. Depots: **Dr. A. Franke und Dr. P. Rummel, Hirsch-Apotheke, Halle a. S., Markt 17. Engel-Apotheke, Halle a. S.**

Herstellung und Großvertrieb: **Dr. Liberiadis & Co. G. m. b. H., Berlin SW. 48.**

Zahn-Atelier

Ernst Schmidt, Schwetschkestr. 13, I,
Künstliche Zähne in Friedens-Kautschuk
Goldkronen, Brücken, Plomben usw.
Umarbeitung schlechtsitzender Gebisse,
Reparaturen sofort. 4117
22 Jahre im Fach. Mässige Preise.

Gute Anzüge! Die neu!
erhalten Sie, wenn Sie Ihren alten Anzug wenden lassen.
Anfertigung Wenden :: **TADELLOS** :: Umändern Umfärben
Gr. Ulrichstr. 32. (lfb221

Magenleidende

finden Hilfe u. Linderung durch Gebrauch meines altbewährten Magenpulvers. Dasselbe ist von ganz hervorragender u. überraschender Wirkung bei Magenübeln jeder Art: Magenschmerzen, Magenkrampf, Verdauungsbeschwerden, Sodbrennen, Gasbeschwerden, Appetitlosigkeit, Uebelkeit, Erbrechen, Dienste bei Hartleibigkeit u. Hämorrhoiden. 1019
Pr. Mk. 4.50 Franz Heinrich, Berlin-Lichtenberg 116, Frankfurterstr. 116, Allee 257.

Rudolf Kraemer,
Dentist.
(lfd675
Nur Leipzigerstraße 21 II, gegenüber dem Passage-Theater.
Telephon 4843. – Sprechzeit 9–12, 2–6.

Otto Goerlach

Telephon 5111. Halle-Saale. Steinweg 32.

Spezialwerkstätten f. Instandsetzung elektrischer Maschinen u. Apparaten.
Neuwickeln von Elektro-Motoren, Dynamomaschinen – Transformatoren, Umwickeln von Ersatzwicklungen mit Kupfer.
Kurze Lieferfristen. – Mässige Preise. – Ia. Referenzen. lfc101

Jalousien, Rolläden, Rollwände
lfb87 liefern und reparieren
Franz Rudolph & Co., Krausenstr. 19 Fernspr. 2105.

Gasbehandlung

bei Räude und Verlausung der Pferde und Rinder!

Die Gasbehandlung erfolgt unter tierärztlicher Aufsicht in dem Gebäude. Königstr. 58. Für kleinere Haustiere (Hunde, Schafe, Ziegen) steht ein besonders hierzu konstruierter Apparat zur Verfügung. Anmeldungen vormittags von 9–1 Uhr an **Dr. Roecke** unter Fernruf Nr. 1181. (l 1429
Veterinärrat: **Kippert,** Kreistierarzt, Fernruf 1214.
Dr. Roecke, praktischer Tierarzt, Fernruf 1091.

Neues aus Altem!

Aus Ihren Stoffen und Wäschestücken, neu oder gebraucht, fertige ich ein tadelloses sitzendes

billiges Masskorsett

Reformkorsett
Röstenhalter
Hüftformer
Leibhalter
Mieder usw.

Garantie für guten Sitz. Keine Fabrikarbeit.

Ausführung sämtlicher Reparaturen und Aenderungen.
Anfertigung innerhalb 8–10 Tagen.

P. Münster, Ludwig Wuchererstr. 70.

Stotterer erhalten umsonst Broschüre: Die Ursache des Stotterns und Beseitigung ohne Atem u. ohne Sprechen sowie ohne Aufstossbeuch. Früher war ich selbst ein sehr starker Stotterer und habe mich nach viel, vergeb. Curen selbst geheilt. Bitte teilen Sie mir Ihre Adresse mit. Die Zus. m. Buch. kostenl. erf. sof. in verschl. Kuvert ohne Firma portofrei. Rückantwort erbeten. **L. Warnecke,** Hannover, Friedenstr. 33. 196

Mexiko! Wollen Sie sich über dieses reiche Land der Welt, unseren einzigen Freund nach dem Weltkriege orientieren, so besorgen Sie sich schnell das soeben erschienene Werk **„Mexiko, mein Heimatland"** von Oberst **Dr. R. Krumm-Heller.** 120 Seiten oktav mit zahlr. Illustr. Preis broschiert 4 geb. 6 mit Prachteinband 7. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen oder vom Verlag **Dr. R. Krumm-Heller, Halle-S., Barfüsserstr. 14.**

Dr. A. Rühle, Halle a. S.
Schillerstr. 10–11.
Heilanstalt zur klinischen Behandlung (3451 schwerer Neurosen, organischer Erkrankungen des Nervensystems und chronischer Krankheiten mit vorwiegend nervösen Symptomen. Tel. 6817.

Vertilgung v. Ungeziefer all. Art
Spezialität: **Vergasung.**
Otto Pötsch, Kammerjäger.
Halle a. S., Fritz Reuterstr. 5. Fernspr. 8260

Lumpen

Alteisen, Metalle, Knochen, Papier
kauft laufend zu **höchsten Preisen**

Philipp Schwabach,
Lumpen-Sortieranstalt.
Raffinerieстr. 44. Tel. 6237. 140

Wanzen-Tod! sich. Mittel g. Wanzen, Fl. 2.00. Engel-Apotheke, Kleinschmieden 6. – Postversand. –

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-847529-19190705016/fragment/page=0004